

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Geheim an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 1000: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfg., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfg.; einl. 1 mm 30 Pfg. und 24 Pfg.; Reklame 25 Pfg., Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Oberfelma, Niederfelma, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Thlemdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Dichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. V. S. J. S. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 255

Freitag, den 1. November 1929

81. Jahrgang

Berliner und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Zu dem Älteren-Treffen der Turner) im Weizner Hochland-Turngau der Deutschen Turnerschaft hatten sich am Reformationsfest 55 Turner in Pulsnitz eingefunden. Von 11—1/2 Uhr turnten 47 Turner in der Turnhalle. Der Älteste davon hatte bereits seinen 80. Geburtstag gehabt und trotz des hohen Alters hat er ohne Unterbrechung mit geturnt. Nach dem Turnen fanden sich die Herren noch einige Stunden gemütlich zusammen und es wurde beschlossen, das nächste Treffen der Alten im Mai nächstes Jahres in Sebnitz zu veranstalten. Die kurze Feier nahm einen sehr harmonischen und humorvollen Verlauf und ein jeder versprach, sich im nächsten Jahre wieder daran zu beteiligen.

Pulsnitz. (Pomröno Bellachini) ist wieder einmal in Pulsnitz. Vor genau zwei Jahren gab er hier im Schützenhaus eine Vorstellung und erntete reichen Beifall. Herr Pomröno Bellachini bracht uns dieses Mal ein neues Programm, und das seine Leistungen gut sind, beweist uns folgende Kritik aus Triefel: „Pomröno Bellachini gab am Dienstag abend hier in Triefel im „Hotel zur Post“ ein Gastspiel. Trotz des schlechten Wetters war eine große Zahl von Besuchern erschienen, ein Beweis für die Beliebtheit des Künstlers. Seine Vorstellungen, mit lustigen Worten gewürzt, fanden reichen und lebhaften Beifall. Stimmenswert ist die Singfertigkeit des „Zauberers“, der vor den Augen des Publikums Gegenstände verschwinden ließ, aber auch vieles aus der Luft hervorzauberte. Man sieht die Vorgänge, beobachtet sie und glaubt schon des Rätsels Lösung gefunden zu haben, wird dann aber immer wieder etwas anderes befehrt. Je mehr der einzelne aufpasst, um so weniger sah er. Ohne Zwischenfälle und immer in geschmackvoller Form gekleidet, rollt sich sein Programm ab. Im ganzen ein Abend, der den Besuch lohnte.“ Auch in Pulsnitz wünschen wir ihm wieder ein volles Haus.

Pulsnitz N. S. (Diamantene Hochzeit.) Der älteste Einwohner der Gemeinde Pulsnitz N. S. Herr Ewald Schmidt, Dresdnerstraße 49 L. feierte am 31. Oktober 1929 mit seiner Ehefrau Ulrike Schmidt geb. Eidner das Fest der diamantenen Hochzeit. Der Jubilar sieht in 88. Lebensjahre. Die Jubilarin ist 81 Jahre alt. Während der Jubilar noch verhältnismäßig rüstig ist, läßt der Gesundheitszustand seiner Ehefrau leider zu wünschen übrig. Schmidt war Kriegsteilnehmer von 1864, 1866 und 1870/71. Dem Jubelpaar gingen von allen Seiten zahlreiche Glückwünsche und Geschenke zu. Der Reichspräsident von Hindenburg überlieferte dem Jubelpaar ein Glückwunschschreiben mit einem namenhaften Geldgeschenk. Desgleichen überlieferte auch der Ministerpräsident Dr. Brücker, Dresden ein Glückwunschschreiben mit ebenfalls einem namenhaften Geldgeschenk. Herr Bürgermeister Boden überbrachte dem Jubelpaar die Glück- und Segenswünsche der Gemeinde und überreichte demselben einen Geldbetrag. Auch Herr Pfarrer Grobe beglückwünschte das Jubelpaar und überreichte unter ehrender Ansprache demselben ein Geschenk. Die Eheleute Schmidt feierten das Fest im Kreise von 6 Kindern, 17 Enkeln und 6 Urenkeln. Auch hiermit sei das Jubelpaar nochmals herzlich beglückwünscht. Mögen demselben noch einige Jahre bester Gesundheit vergönnt sein.

(Die Mütterberatung in Dorn) findet am Mittwoch, den 6. November, nachmittags 2 Uhr, im Rathaus statt. Arzt wird anwesend sein.

Ramenz. (Wochenmarkt.) Auf dem Wochenmarkt am Mittwoch kosteten u. a. Blumenkohl 15—50, Spinat 25, Möhren 10—15, Zwiebeln 15—20, Weißkraut 10, Rotkraut 12—15, Weißkohl 25, Wirsing 25, Tomaten 20—35, Hollunder 25, Preiselbeeren 35—50, Äpfel 15—35, Birnen 15—35, Pfäfen 30, Kürbisse 100, Wein 35 bis 100 Pfg., das Pfund; Kohlrabi 5—10, Sellerie 15—25 Pfg., das Stück, Radieschen 10, weiße Rettiche 15 Pfg., das Bündel, Semmelkörner 35, Grünlinge 40 und 50 Pfg., das Liter, Steinpilze 80 Pfg., das Pfund.

Weißbach bei Königsbrück. (Unrecht Gut geht nicht!) Einem hiesigen Landwirt hatte ein Königsbrücker Einwohner auf seinem Möhrenfeld einen nächtlichen Besuch abgestattet. Polizeiliche Nachforschungen zur Ermittlung des nächtlichen Besuchers brachten nicht in die Wege geleitet werden, da der Dieb bei seiner nächtlichen Beschäftigung seine Briefstapsche mit Invaliden-, Steuer- und Stempelkarte sowie 450 Mark Inflationsgeld auf dem Felde verloren hatte, und so seine Personalien festgestellt werden konnten.

Radeberg. (5 Listen zur Gemeindevahl.) Die Listen zur Gemeindevahl sind nunmehr eingereicht. Es sind folgende Parteien vertreten: 1. Sozialdemokratie, 2. Bürgerliche Einheit, 3. Kommunisten, 4. Kommunistische Opposition und Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten, Kom-

Gehr ernste Lage der Landwirtschaft

Die Führer der „Grünen Front“ bei Hindenburg
Tardieu mit der Regierungsbildung beauftragt

Der Reichspräsident hat am Donnerstag die Vertreter der Grünen Front, die früheren Reichsminister Schiele und Dr. Hermes, den früheren Reichsminister und bayerischen Minister Dr. Fehr und den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, empfangen. Dem Reichspräsidenten wurde ein Vortrag über die gegenwärtige sehr ernste Lage der Landwirtschaft und über die großen Sorgen gehalten, die die deutsche Landwirtschaft wegen der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat. In den Handelsvertragsverhandlungen beabsichtigt das jetzige Kabinett, landwirtschaftliche Zugeständnisse an Polen zu machen, die die deutsche Landwirtschaft des Ostens sehr ernsthaft gefährden.

Die erste Schlacht.

So überschreibt Geheimrat Dr. Hugenberg einen Artikel im „Lokal-Anzeiger“, „Tag“ und in der „Deutschen Zeitung“, in dem er sich mit dem Volksbegehren-Ergebnis beschäftigt. Dr. Hugenberg schreibt u. a.: „Ist die Schlacht gewonnen oder verloren? Der sozialistische Reichsinnenminister will es uns erst am 6. November verraten. Hoffentlich wird inzwischen nicht allzusehr retourniert. Aber der Reichsinnenminister braucht nicht zu glauben, daß uns während dieser Frist Unruhe beschleicht. Wir haben in der Abwehr des Young-Planes unsere nationale Gewissenspflicht erfüllt — weiter nichts. Wir haben dem Volke in jeder möglichen Form rechtzeitig die Wahrheit gesagt. Kommt es zum Volksentscheid, so werden wir diese Arbeit pflichtgemäß fortsetzen. Wenn nicht, so werden wir gemeinsam mit dem gesamten Volke die schweren Folgen tragen müssen, die uns eine schwächliche Politik auferlegt, wenn der Reichstag nicht doch noch vor der Verantwortung zurückschreckt, die er mit der Versklavung noch ungeborner Geschlechter übernimmt. — Innenpolitisch wirken die letzten Wochen — einerlei wie der außenpolitische Ausgang sein wird — für uns wie Fanfarenschüsse. Außenpolitisch haben wir auch vor dem Auslande bekundet, daß Deutschland eine verantwortungsbewusste und entschlossene Opposition hat, deren Tätigkeit sich nicht in parlamentarischen Protesten erschöpft.“

Die Umbildung des Reichskabinetts.

Kandidaten für das Reichswirtschaftsministerium.
Im Reichstag trat die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu einer Beratung zusammen. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen allgemein damit, daß ohne weitere koalitionspolitische Verhandlungen in aller nächster Zeit der Außenminister Dr. Curtius, der jetzt stellvertretender Außenminister ist, endgültig zum Außenminister ernannt wird. Der Streit zwischen den hinter der Regierung stehenden Parteien geht immer noch um die Frage, ob das Reichswirtschaftsministerium wieder mit einem Mitglied der Deutschen Volkspartei besetzt werden soll, oder ob das Reichswirtschaftsministerium anderen Parteien zufallen und die Deutsche Volkspartei das Justizministerium erhalten soll.

Es ist anzunehmen, daß die Deutsche Volkspartei das Reichswirtschaftsministerium festhält und als Kandidaten dafür den Bergassessor Albrecht, der der Kabinettsliste nahesteht, und der seit langen Jahren Mitglied der Fraktion der Deutschen Volkspartei ist, oder den Kölner Professor Moldenhauer vorschlägt. Ob aber das Zentrum sich ohne weiteres mit der Wiederbesetzung des Reichswirtschaftsministeriums durch ein Mitglied der Deutschen Volkspartei einverstanden erklären wird, ist sehr zweifelhaft.

Die Bankbeamten im Reichsarbeitsministerium.

Berlin. Die bereits angekündigte Konferenz mit den Vertretern der Angestelltenverbände wegen der sich aus der Großbankensfusion für die Arbeitnehmer ergebenden Fragen fand unter dem Vorsitz von Ministerialrat Beisiegel statt. Der Vorsitzende brachte ein längeres Schreiben des Reichsverbandes der Bankleitungen zum Vortrag, dessen Inhalt die Verbandsvertreter jedoch nicht befriedigen konnte, zumal präzise Angaben über die beabsichtigten Abgeltungssummen nicht gegeben waren. Ministerialrat Beisiegel sagte ausdrücklich zu, daß das Arbeitsministerium bereit sei, die Vermittlungstätigkeit fortzusetzen.

Keine disziplinarischen Bestrafungen von Beamten.

Jetzt, nachdem das Volksbegehren vorüber ist, schreibt eine demokratische Berliner Mittagszeitung, die „B. Z.“ am Mittwoch, daß keine disziplinarische Verfolgung der Beamten erfolgen werde, die sich in die Volksbegehrenlisten eingetragen haben. Das demokratische Mittagsblatt ist wahrscheinlich zu dieser Meldung von zuständiger preussischer Seite ermächtigt worden. Nur gegen zwei Beamte soll disziplinarisch vorgegangen werden, weil sie durch ihr öffentliches Auftreten agitatorisch gegen den Staat gewirkt hätten.

Marshall Pilsudski verhindert Sejmtagung.

Warschau. Die auf Donnerstag nachmittag angelegte Eröffnung der Sejmtagung ist durch ein völlig unerwartetes Ereignis verhindert worden, das den Konflikt zwischen Regierung und Parlament bis aufs äußerste zuspitzt. Kurz vor 4 Uhr erschien Marshall Pilsudski persönlich im Sejmgebäude, wo er in der Halle von über hundert Offizieren in voller Uniform empfangen wurde. Der Sejmmarschall Dąbski sah sich veranlaßt, die Offiziere aufzufordern, das Haus zu verlassen, da er die Sitzung vorher nicht eröffnen könne. Die Offiziere kamen dieser Aufforderung nicht nach. Darauf wandte sich der Sejmmarschall schriftlich an den Staatspräsidenten und bat ihn um sein Eingreifen. Kurz vor 1/2 6 Uhr betrat Marshall Pilsudski das Zimmer des Sejmarschalls und forderte ihn auf, die Sitzung zu eröffnen. Der Sejmarschall erwiderte, daß er dieser Aufforderung nicht nachkommen könne. Pilsudski stellte darauf die kurze Frage: „Ist das Ihr letztes Wort?“ Als der Sejmarschall mit ja antwortete, verließ Marshall Pilsudski den Raum und fuhr aus dem Sejm ab.

Heimwehremobilisierung.

Stöckerau (Donau). In der Maschinenfabrik Heid bei Stöckerau an der Donau meldeten sich am Donnerstag früh drei Heimwehrlaute zur Arbeit. Die Arbeiterschaft beschloß jedoch in einer Versammlung, mit den Heimwehrlauten nicht zusammenzuarbeiten. Die Heimwehrlaute weigerten sich, den Betrieb zu verlassen, wurden jedoch schließlich dazu gezwungen. Als einige Heimwehrlaute in der Fabrik erschienen und die Arbeiterschaft aufforderten, mit den vertriebenen Kameraden zusammenzuarbeiten, und die Arbeiter sich neuerdings weigerten, wurde von der Heimwehrlauteleitung Alarm gegeben.

Die Heimwehrlaute fuhrten mit Motorrädern in die Umgebung, um ihre Anhänger zu mobilisieren. Die Heimwehrlaute, die ganze Stadt und die Betriebe besetzen zu wollen. Gendarmerie wurde in Ueberfallautos herangezogen und auch die Garnison in Bereitschaft versetzt. Die Lage wird als ernst angesehen.

Das neue französische Kabinett.

Paris. Der „Paris Midy“ veröffentlicht die mutmaßliche Liste der Mitglieder des neuen französischen Kabinetts, die das Blatt aus der Umgebung Clementels erhalten haben will. Danach soll sich das Kabinett zusammensetzen aus Clementel als Ministerpräsident und Handelsminister; Briand — Außenminister; Tardieu oder Chaumemps — Justizminister; Durand — Innenminister; Chéron — Finanzminister; Souvenel — Kriegsminister; Legues oder Dumesnil — Marineminister; Soucheur — Arbeitsminister; Pietry — Kolonialminister; Laurent-Eynac — Luftfahrtminister.

Clementel hatte am Donnerstag mit Daladier eine Besprechung, um ihn dazu zu bewegen, für eine Unterstützung des neuen Kabinetts durch die Radikalen einzutreten.

Tardieu mit der Regierungsbildung beauftragt

Staatspräsident Doumergue hat in den Abendstunden nach einstündiger Unterredung den bisherigen Innenminister Tardieu mit der Regierungsbildung beauftragt. Tardieu hat diesen Auftrag angenommen und wird die Besprechungen mit seinen politischen Freunden am heutigen Freitag beginnen.

munisten und Bürgerlichen bringen an aussichtsreicher Stelle ihre alten Parlamentarier, die beiden anderen Parteien neue Namen. Erster Bürgermeister Uhlig tritt aktiv für die Sozialdemokratie ein. Die Sozialdemokratie hat zur Propaganda ein Jahrbuch verteilt, in dem als „Galerie schöner Männer“ die Bilder vom Bürgermeister und von den Kandidaten der Partei enthalten sind. Der „geschmackvolle“ und ungewollte Scherz wird viel belacht.

Bauten. (Zahlungsschwierigkeiten einer Manufakturwarenfirma.) Die über 125 Jahre bestehende Manufaktur- und Modewarenfirma Johann George Bohn in Bautzen ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten und wird sich an ihre Gläubiger wenden.

Böbau. (Hühnerfarm niedergebrannt.) In der Nacht zum Mittwoch äscherte im benachbarten Georgewitz ein Schadenfeuer eine Hühnerfarm vollständig ein. Wassermangel behinderte die Löscharbeiten. Etwa 400 Hühner kamen in den Flammen um.

Zittau. (Keine Verluste bei der Zittauer Gewerbebank.) Sozialdemokratische Blätter hatten über Verluste der Zittauer Gewerbebank berichtet, die durch ohne genügende Sicherheit eingeräumte Kredite entstanden sein sollten. Dazu wird dem Teinlon-Sachdienst von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß bereits vor Monaten ein unfähiger und ungetreuer Leiter der Zittauer Gewerbebank wegen Ueberschreitung seiner Befugnisse entlassen worden ist. Die völlige Sanierung der Bank ist aber bereits durchgeführt und die am 22. Oktober abgehaltene Generalversammlung hat die Maßnahmen der Verwaltung einstimmig gebilligt. Eine Inanspruchnahme der Geschäftsanteile, Guthaben und Haftsummen war nicht nötig. Für die Mitglieder und Kunden der Bank sind keinerlei Verluste entstanden. Die Spareinlagen sind vollkommen sicher. Ein neuer erfahrener Leiter ist bereits seit sechs Wochen tätig. Den Spareinlagen von reichlich 1 Million RM stehen Sicherheiten von rund 1 1/2 Millionen RM und ein Vermögen der Bank in Höhe von rund 2 1/4 Millionen gegenüber. Ein Grund zu einer auch nur geringfügigen Verunsicherung ist also in keiner Weise vorhanden.

Dresden. (Der neue demokratische Parteivorstand.) Auf dem Landesparteitag der Deutsch-Demokratischen Partei am Sonntag wurde der Landesvorstand neu gewählt. Zum Landesverbandsvorsitzenden wurde Dr. Kitz wiedergewählt. In den engeren Verbandsvorstand wurden berufen Frau Dr. Ullrich-Weil für Dresden, Abg. Bretschneider für Chemnitz und Kaufmann Köhler-Waldheim für Leipzig. Ministerialrat Dr. v. Gueßow wurde wieder als Schatzmeister bestätigt. Dem erweiterten Vorstand gehören an Dr. Dehne und Berndt für den Wahlkreis Dresden-Bautzen, Probus und Schierand für Chemnitz-Zwickau, Staatsminister a. D. Dr. Apelt, Studiendirektorin Scheder und Prof. Götz für Leipzig.

Dresden. (Städtische Gasthäuser.) Zu den Betrieben, die in den letzten Jahren die Kommunen ebenfalls vielfach in eigene Verwaltung genommen haben, gehören auch die Gasthäuser. Die „Deutsche Hotelnachrichten“ geben darüber eine Uebersicht, aus der z. B. folgende Daten erwähnt seien: Darmstadt hat allein acht Gastwirtschaftsbetriebe in eigener Verwaltung, darunter ein Hotel. Der Fehlbetrag dieser Betriebe betrug 1928 bereits über 20 000 Mark. Dieser Fehlbetrag ist umso bemerkenswerter, als die Pächter verpflichtet sind, ihre Weine nur aus dem städtischen Weinsteller zu beziehen. Also wieder die bekannte Vorleser für Monopolbetriebe. — Duisburg hat im Jahre 1925 für etwa neun Millionen Mark ein städtisches Gasthaus erbaut, das einen jährlichen Zuschuß von 500 000 Mark erfordert, und, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ dazu bemerkt, die Steuerkraft des alten Duisburger Hotelgewerbes empfindlich schmälert. — Gelsenkirchen hat für rund sieben Millionen Mark ein Hochhaus zur Unterbringung städtischer Behörden, eines Hotels, eines Kongresssaales und eines Cafés bauen lassen. — Mannheim baute für fünf Millionen Mark ein Hotel zu 220 Betten, so daß die Gesamtkosten sich auf 22 700 Mark je Bett stellen. Um eine Rentabilität dieses Unternehmens zu erzielen, müßten etwa 18 Mark je Bett genommen werden. Dieses Hotel muß also entweder phantastisch hohe Preise nehmen oder seine Zimmer unter dem Rentabilitätspreis abgeben. Das bedeutet eine Schädigung des städtischen Fiskus und insbesondere eine Schädigung des städtischen privaten Hotelgewerbes. — Waldenburg/Schl. beteiligte sich mit etwa 700 000 Mark an einem Hotelneubau und einem Saalbau. — Gleiwitz hat ein Hotel für 3,5 Millionen Mark errichtet, nach dessen Inbetriebnahme es sich herausstellte, daß die wirtlichen Kosten um 40 v. H. höher sind als es vorher berechnet worden war, so daß der Oberbürgermeister erklären mußte, eine ausreichende Verzinsung sei nicht zu erzielen. — Diese Beispiele sollten Leipzig, Chemnitz und Bismarck, die ebenfalls Baupläne haben, warnen. — Vorbildlich haben Nürnberg und Essen die Frage in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gelöst.

Aue i. C. (10 Wahllisten bei 21 000 Einwohnern.) Für die kommenden Stadtverordnetenwahlen sind von bürgerlicher Seite nicht weniger als sieben Listen eingereicht worden. Die Bemühungen um die Bildung einer bürgerlichen Einheitsfront sind gescheitert. Nun treten vier neue Zwergruppen als selbständige Parteien bei den Wahlen auf, während die bisher im Stadtparlament vertretenen drei Gruppen ebenfalls getrennt auftreten werden. Außerdem bewerben sich die Sozialdemokraten und Kommunisten um die Sitze und schließlich noch ein ehemaliger kommunistischer Stadtvater, der nach seinem Austritt aus der K.P.D. eine neue Partei gegründet hat. Somit wird die insgesamt etwas über 21 000 Personen umfassende Bevölkerung von Aue bei der kommenden Kommunalwahl aus 10 Parteien sich ihre Vertreter herauswählen dürfen.

Meerane. (Selbstmordepidemie.) Der fünfte Selbstmord innerhalb einer Woche ereignete sich hier. Nachdem erst dieser Tage eine dreiköpfige Familie und ein Chemann den Tod gesucht und gefunden hatten, erhängte sich wiederum ein 23jähriger Chemann, der von seiner Frau und von drei Kindern getrennt lebte. Er hatte die Nacht hindurch in einem Wirtschaftshaus gezecht und erklärte dann den Gästen, daß er jetzt nach Hause gehe, um sich zu erhängen. Tatsächlich begab sich der junge Familienvater in seine Wohnung und nahm sich das Leben.

Leipzig. (Rektoratsübergabe in der Universität.) Am gestrigen Reformationstage ist, wie üblich, die Rektoratsübergabe durchgeführt worden. Der neue Rektor ist Geheimrat Prof. Dr. Falke, der Direktor des Landwirtschaftlichen Instituts.

Ergebnisse des Volksbegehrens.

In Großröhrsdorf haben sich für das Volksbegehren 421 von ca. 5900 Stimmberechtigten (= 7,15%), in Bretznig 75 von ca. 1950 Stimmberechtigten (= 3,85%) und in Hauswalde 20 von 850 Stimmberechtigten (= 2,35%) eingetragen.

Für das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ haben sich in Kamenz insgesamt 692 Personen in die Listen eingetragen. Die Zahl der Wahlberechtigten in Kamenz beträgt 7258; somit haben 9,54 v. H. von ihrem Rechte Gebrauch gemacht.

Die Eintragungen zum Volksbegehren erfolgten in Bischofswerda am Montag und Dienstag auch sehr lebhaft. Am Dienstag allein trugen sich noch 332 Wähler ein. Die Gesamtzahl der Eintragungen beträgt 785 von 6138 Wahlberechtigten, das sind rund 13 Prozent.

In Dresden sind 2825 Eintragungen für das Volksbegehren erfolgt. Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt 485 653. — In Leipzig betrug die Zahl der Eintragungen 19 346 bei 499 780 Stimmberechtigten. — In Chemnitz erfolgten 46 936 Eintragungen bei 239 000 Stimmberechtigten. Die Zahl der Eintragungen für das Volksbegehren beträgt in Bautzen 2659. Die Mindestzahl, die erreicht werden mußte, beträgt 2500. In der Stadt Zittau erfolgten für das Volksbegehren 1303 Eintragungen von 26 332 Wahlberechtigten, in Löbau haben sich 488 Personen von 841 Wahlberechtigten eingetragen, das sind 5,8 Prozent.

Im Wahlkreis 29 (Leipzig) wurden 81 925 Eintragungen für das Volksbegehren vorgenommen. Die Zahl der Wahlberechtigten bei der letzten Reichstagswahl betrug 901 568.

Volksbegehren-Ergebnis vom Donnerstag.

Berlin. Eine am Donnerstag 17 Uhr abgeschlossene Aufzählung der eingelaufenen Stimmresultate für das Volksbegehren ergibt 3 019 995 Stimmen von 31 268 868, das heißt 9,7 Prozent der Wahlberechtigten. Unter Zugrundelegung einer Wahlberechtigtenziffer von 41 278 897 stehen also die Ziffern von rund 10 000 000 Wahlberechtigten aus.

Hühnererei und Entenei.

Eine bedauerliche Tatsache ist es, daß der Verbraucher um die Zeitzeit in den seltensten Fällen in der Lage ist, tatsächlich frische Hühnererei zu beziehen. Meist sind es die ausländischen Kistenerei, welche als frische Eier angeboten werden, oder es handelt sich um kleine unsaubere Ware, die vielleicht von Polen oder Russen erst drei Wochen lang gesammelt wurde, bis die nötige Anzahl zum Versand beisammen war.

Nicht oft genug kann darum auf die Frischeabgabegenossenschaften Sachsens hingewiesen werden, welche in der Lage sind, ein goldfrisches, einwandfreies Ei zu liefern. Der diesen Genossenschaften anvertraute Frischeimpel verpflichtet diese, die Eier nicht älter als sieben Tage und sortiert nach Gewicht abzugeben. Solange in den Herbstmonaten, bedingt durch die Mauer, Anlieferung und Nachfrage nach frischen Hühneriern sich nicht die Wage halten können, ist im Entenei der beste Ersatz gefunden und ist es an der Zeit, darauf aufmerksam zu machen.

Das Entenei wiegt durchschnittlich 25 Gramm mehr als das Hühnerrei. Trotzdem ist das Entenei nicht teurer als das Hühnerrei.

Das Dotter des Enteneies zeigt beim Aufschlagen ein sehr starkes Gelb, welches auch auf die stark speisefärbende Verwendbarkeit des Eies hinweist. Da die Entenhaltung in Deutschland unter ganz anderen Bedingungen durchgeführt wird, haben unsere Enteneier den Vorzug, daß sie frei sind von jedem muffigen, fischartigen Beigeschmack, der mit Recht so verpönt ist.

Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn das steigende Angebot in Enteneiern immer mehr Aufnahme fände und die verbrauchende Hausfrau den Wert der Enteneier in höherem Maße schätzen lernte.

Landesparteitag der Deutsch-Demokratischen Partei

Der Landesverband der Deutsch-Demokratischen Partei im Freistaat Sachsen hielt am Sonnabend in Dresden seinen Landesparteitag ab. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den ersten Vorkandidaten Seiffert hielt Reichsminister a. D. Dr. Kitz den politischen Hauptvortrag über „Demokratische Gemeindepolitik“. Er entwickelte den Entwurf eines demokratischen Kommunalprogramms. Die Gemeinden seien die Domänen der Demokratie. Schwierig sei die Aufstellung eines demokratischen Gemeindeprogramms aber deshalb, weil die Kommunalpolitik individueller sei als die Staatspolitik. Erwährend wurde außerdem, daß es in Deutschland kein einheitliches kommunales Grundgesetz gebe, sondern daß in 17 Einzelstaaten 25 verschiedene Städte- und Gemeindeordnungen die Grundlage der Kommunalpolitik bildeten. Immerhin ließen sich gemeinsame Richtlinien aufstellen. Zweck eines solchen Richtlinienprogramms sei es, den deutschen Kommunalkörpern Ziel und Inhalt auf wahrhaft demokratischer Grundlage zu geben. Hauptgrundsatz sei, daß alle Kommunalarbeiten nicht von Obrigkeit zu untertan, sondern von Mensch zu Mensch geleistet werden, daß also alle Befugnisse der Gemeindevertretung von der in der Gemeinde zusammengefassten Personengemeinschaft ausgehen. Die freie Entfaltung der Privatwirtschaft müsse gepflegt, in den Gemeinden selbst müßten deren Betriebe nur nach wirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten. Sozialpolitik sei bewußtes Handeln auf alle Verhältnisse der Gesamtheit und aller Volksschichten, die jählicher Entwicklung bedürftig seien. Demgemäß habe die Demokratische Partei ihr Hauptaugenmerk zu richten auf Hebung der Volksgesundheit, Beseitigung der Wirtschaftskrisen, Pflege der Jugend, Fürsorge für die gefährdete Jugend, Beseitigung der Wohnungsnot. Die Forderung auf volle Verteilung des Schulwesens lehne die Demokratische Partei ab. Ständige Prüfungnahme zwischen Schule und Haus sei zu fordern, Kulturkämpfe um die Schule zu vermeiden, Religions- und Gewissensfreiheit zu schützen und die lebendige Teilnahme des ganzen Volkes anzustreben.

Hierauf sprach Landtagsabgeordnete Dönhoff über „Kulturpolitik und Sozialpolitik in den Gemeinden“. Sie unterstreiche die Ausführungen des Vortragners unter besonderer Betonung der sozialen Aufgaben der Kommunen. — Landtagsabgeordneter Dr. Dehne besprach die „politische Lage in Sachsen“ vom demokratischen Parteistandpunkt aus. Er kam dann auf die letzte Regierungsbildung zu sprechen und betonte, daß nach den damals gegebenen Verhältnissen die Große Koalition das einzig Gegebene gewesen wäre. Diese wäre aber am Widerstande der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei gescheitert. Die Demokraten nähmen heute noch den gleichen Standpunkt ein. Sie wählten, daß die Zeit für die Große Koalition arbeite. Der Redner charakterisierte dann die politische Lage des Kabinetts Wängler, das durch die Unterstützung der Nationalsozialisten gekennzeichnet werde.

Tagungen in Sachsen

Bund der technischen Angestellten und Beamten (Sachsen).

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hält am 9. und 10. November 1929 in Zwickau seinen zehnten Gaukongress ab. Auf dieser Tagung wird der Geschäftsführer des Bundes, Ingenieur Ludwig Berltin, einen Vortrag über den Kampf um die Arbeitslosenversicherung halten. Der Gauleiter, Landtagsabgeordneter Ingenieur Geiser, wird einen eingehenden Bericht über die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit erstatten. Der Bund umfaßt über 60 000 Mitglieder in Deutschland.

Großfeuer in Chemnitz.

In einer Jacquardmaschinenfabrik in Chemnitz brach in der Gießerstraße ein Großfeuer aus, so daß die ganze Chemnitzer Feuerwehr an die Brandstelle gerufen wurde. Das gesamte Fabrikgebäude war vollkommen verqualmt, so daß die Löscharbeiten dadurch wesentlich erschwert wurden und teilweise nur unter Benutzung von Rauchschuttmasken und Rauchschutzhelmen durchgeführt werden konnten. Zwei Feuerwehrleute zogen sich bei den Löscharbeiten Rauchvergiftungen zu. Es gelang schließlich, das Feuer Herr zu werden.

Einsendung der Saatenanerkennungsmuster.

Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, werden die Mitglieder des Landesbauvereins ersucht, die Musterproben unmittelbar der Landwirtschaftskammer einzusenden. Die Einsendung hat für Sommergetreide, Hülsenfrüchte, Ölrüchte (außer Raps), Nüßeln, Acker- und Gräser bis spätestens 1. Februar 1930 zu erfolgen. Gemäß den Bestimmungen über die Saatenanerkennung muß die Probe nach Sorte und Anbauweise genau gekennzeichnet sein und bei Getreide und Hülsenfrüchten mindestens 1 Kilogramm, bei Nüßeln mindestens 250 Gramm und bei Ackerarten, Gräsern, Raps mindestens 200 Gramm wiegen.

Unfreundliches Wiedersehen!

Berlins Oberbürgermeister von der Amerikareise zurückgekehrt.

Der Berliner Oberbürgermeister Böß, der bekanntlich in dem großen Sklarek-Standal schwer angegriffen worden ist, kam am Donnerstag mit den Mitgliedern der Amerika-Delegation des Berliner Magistrats mit der „Bremen“ in Bremerhaven an. Der erste Schritt auf deutschem Boden hat dem Oberbürgermeister die gute Laune, die er auf seiner Amerikareise hatte, vermutlich erheblich gestiftet. Ihn erwartete nämlich eine Demonstration, die eine Fahne herausgesteckt hatte mit der Aufschrift: „Sklarek-Pelze für 1000 Mark“. Die Zahl Tausend war durchstrichen und darunter geschrieben: „Für Herrn Böß für 100 Mark.“ Die Polizei beschlagnahmte die Fahne.

Eine Stunde nach der Landung verließ der Oberbürgermeister, begleitet von dem Bürgermeister Scholz, der ihm mit dem Altematerial über den Fall Sklarek entgegengefahren war, im Sonderzug Bremerhaven und kehrte in sein schönes Berlin zurück, das für ihn wenig Ertröstliches, dafür aber am so größere Ueberraschungen, bereitet hat.

Herr Böß ist böß.

Bersuche von Pressevertretern, mit Herrn Böß über seine Stellungnahme zum Sklarek-Standal zu sprechen, wehrte der Oberbürgermeister entschieden ab. Immerhin konnte er es sich nicht verkneifen, seiner Empörung über die Berliner Presse Ausdruck zu geben, die, wie er meint, durch ihre Enthüllungen und Beschuldigungen im Fall Sklarek in Amerika „ausgespielt“ habe. Herr Böß nannte das Verhalten der Presse „ganz bodenlos“. Dann verächtete er seinen Aerger durch die Erklärung, daß man ihm z. B. in San Francisco „spontane Sympathietendungen“ gezeigt habe. Sein kurzes „Interview“, das er einem Pressevertreter gab, endete er mit den Sätzen: „Die ersten Erklärungen bin ich dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung schuldig. Ich will mir nicht die wenigen restlichen Stunden meiner Reise mit diesen Dingen verderben.“

Nun, wir können verstehen, daß Herr Oberbürgermeister Böß verärgert ist, nur darf er der Presse nicht die Schuld an seinem Aerger zuschieben. Noch wird er es den deutschen Zeitungen nicht verbieten können, daß sie sich um die Aufklärung einer reichlich beschämenden Skandalaffäre bemühen und nicht zurückschrecken, wenn selbst ein Oberbürgermeister in die Angelegenheit hineingezogen wird. Außerdem dürfte es reichlich die aufgetragen sein, wenn Herr Böß uns erzählen will, daß die Presse wegen ihrer scharfen Stellungnahme zu dem Sklarek-Standal in Amerika „ausgespielt“ hat. Standal bleibt Standal. Und wir haben ein Recht darauf, daß in die Tiefen der Korruption hineingeleuchtet wird, denn unser Ruf im Auslande wird durch die überhandnehmenden Skandale nicht gerade gebessert.

Oberbürgermeister Böß Rückkehr nach Berlin — Lärmzügen auf Bahnhof Zoologischer Garten

Oberbürgermeister Böß mit den übrigen Mitgliedern der städtischen Abordnung ist am Donnerstagabend mit dem Sonderzug des Norddeutschen Lloyd, der für die „Bremen“-Passagiere 1. Klasse eingeseht worden war, nach Berlin zurückgekehrt. Schon auf dem Bahnhof Charlottenburg, wo der Zug um 21,12 Uhr eintraf, wurde Böß von zahlreichen Pressevertretern und Photographen erwartet und als der Zug hielt, strömte alles die Wagenreihe entlang, bis man in einem der letzten Waggons den Oberbürgermeister und seine Begleiter entdeckte. Der Eingang zum Wagen war aber von einem Magistratsbeamten besetzt, der mitteilte, daß der Bürgermeister in Charlottenburg nicht aussteige. Gleichzeitlich achtete der Beamte gemeinsam mit Eisenbahnern strengstens darauf, daß niemand den Wagen betrat, um nach dem Bahnhof Zoo mitzufahren. — Am Bahnhof Zoologischer Garten hatte sich schon bald nach 8 Uhr eine Menge junger Leute eingefunden, die hauptsächlich dem nationalsozialistischen zu einem kleinen Teil auch wohl dem kommunistischen Lager entstammten. Sie bestiegen die zum Fernbahnhof führenden Aufgänge und Zugänge und so kam es, daß sich bald auch unter den zahlreichen Passanten die Nachricht von der Rückkehr des Oberbürgermeisters verbreitete und die Zahl der Schaulustigen immer mehr anstieg. Die Polizei war nur mit einem kleinen Kommando erschienen, das für die Offenhaltung des Zuganges Sorge trug. Bald nach 9 Uhr, als die Stunde der Ankunft näher rückte, kam Bewegung in die Massen. Die Nationalsozialisten stimmten immer wieder ihren Ruf „Deutschland erwache!“ an und drangen von Zeit zu Zeit in stürmische Niederrufe auf den Oberbürgermeister aus.



Mein Name ist Kohl, ich weiß von nichts!

In der Donnerstag-Sitzung des Klarek-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages wurde der Bürgermeister von Köpenick, Kohl, vernommen. Zur Zeit ist er von seinem Amt suspendiert. Klagen über die Güte der Waren seien zu seiner Zeit nicht laut geworden. Außer Klarek hätten sich auch andere Firmen bei Liquidierung der R. V. G. zur Übernahme des Warenlagers im Werte von 650 000 Mark bereit erklärt, das ganze Lager aber seien nur die Klareks zu übernehmen begehrt gewesen. — Die Vorhaltung des Abg. Obuch, daß es heiße, Zeuge Kohl habe in dieser Zeit Gelegenheit gehabt, sich die Mittel zum Kauf einer Villa zu beschaffen, wies der Zeuge zurück, diese Mittel habe er zu hohen Zinsen von einem Bankhause aufgenommen. — Abg. Dr. Deering: Wie erklären Sie sich das Defizit von über einer Million bei der Klarek-Bewertungs-Gesellschaft? Zeuge Kohl: Wir hatten nur ein Geschäftskapital von 20 000 Mark, das war viel zu wenig. Daher mußten hohe Kredite aufgenommen werden, die zu hoher Zinslast führten. Außerdem habe man unter den Verlusten der Inflationszeit gelitten. Das stetig wachsende Defizit habe er nicht gemerkt, da in den ihm vorgelegten Bilanzen die Verluste noch nicht in die Erscheinung getreten seien. Hinsichtlich der Abholung des großen Lagers nimmt Bürgermeister Kohl an, daß es sich um den Ausverkauf von Kriegsware gehandelt habe. Das Gehalt des Geschäftsführers Rieburg sei nach Gruppe B II berechnet worden, zusätzlich 30 Prozent der Gesamtabzüge. Abg. Stendel betonte hierzu, dies sei das Gehalt eines Regierungspräsidenten plus 30 Prozent.

Abgeordneter Gaebel sagt aus.

Berlin. In der Donnerstag-Sitzung des Klarek-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages gab der kommunistische Abgeordnete Gaebel an, am 12. Juni 1926 vom Magistrat in den Aufsichtsrat der R. V. G. und den Liquidationsausschuss der städtischen R. V. G. gewählt worden zu sein. Am 10. Juli sei er Vorsitzender des Aufsichtsrats geworden. Die R. V. G. habe damals etwa 3 Millionen Mark Darlehen und 900 000 Mark überfällige Zahlungen für Lieferanten gehabt. Unregelmäßigkeiten stellten sich bei den Belegen heraus. Das sei Ende November 1926 gewesen. Am 4. Dezember habe er Rieburg schon zur Disposition gestellt. Die Bilanz sei zurückgezogen und nachgeprüft worden. Eine Generalrevision habe ergeben, daß die Bilanz Rieburgs nicht stimme und die Lagerbestände nicht den Tatsachen entsprechend angegeben worden seien. In der revidierten Bilanz stelle sich ein Fehlbetrag von 1,3 Millionen für die R. V. G. heraus. Die Folge sei die Liquidation gewesen. Seine, des Zeugen, Verträge mit Klarek seien von den städtischen Stellen gebilligt worden. Der Verkehr mit Klarek habe sich trotz des riesigen Umfangs reibungslos abgespielt, in einem Dreivierteljahr seien nur 45 Beschwerdefälle vorgekommen. Sachverständige seien über Qualität und Preis befragt worden, sie seien für gut und angemessen erachtet.

Von der Kreditgebarung der Firma Klarek mit der Stadtbank habe er keine Kenntnis gehabt, obwohl er im Verwaltungsrat der Stadtbank gewesen habe. In seiner Gegenwart sei auch in keiner Sitzung davon gesprochen worden. Die Zustände in der R. V. G. bezeichnete der Zeuge als einen Sausoll. Mit erhobener Stimme erklärte Gaebel: „Weil ich mit dieser Schweinerei ein Ende machen wollte, werden mir Vorwürfe gemacht, und deshalb will man disziplinarisch gegen mich vorgehen.“

Erst im nächsten Jahre Klarek-Prozess.

Die Klarek-Untersuchung nimmt einen so großen Umfang an, daß man allmählich an die Maßstäbe des Barmat-Verfahrens herankommt. Die Akten sind bereits auf zwanzig Haupt- und achtzehn Sonderbände angeschwollen. Der Umfang wird aber noch erheblich größer werden, so daß man schon heute Ziffern des Barmat-Prozesses in Aussicht hat. — Die Anberaumung der Hauptverhandlung ist in diesem Jahre fast ausgeschlossen. Voraussichtlich wird sich im kommenden Frühjahr eine Sonderkammer mit dem großen Klarek-Strafprozess zu beschäftigen haben.

Bankskandale ohne Ende.

Die Berliner Bank für Deutsche Beamte stellt die Zahlungen ein. Berlin. Die Bank für Deutsche Beamte in der Reichshauptstadt, eines der größten Finanzinstitute der Beamenschaft, an der etwa 40- bis 50 000 Angehörige der Reichsbahn, der Post, der Schutzpolizei und anderer staatlicher Institutionen interessiert sind, und die in Berlin über 12 Depotkassen verfügt, hat Donnerstag aus vorläufig noch undurchsichtigen Gründen plötzlich ihre Zahlungen eingestellt. Vor den Depotkassen und auch vor dem Direktionsgebäude kam es zu stürmischen Szenen. Die Eingeeigerten forderten ihr Geld zurück und bedrohten die Angestellten. Schließlich mußte Polizeischutz in Anspruch genommen werden.

Schon seit einiger Zeit waren zwischen der Bank für Deutsche Beamte und der Beamtenzentralbank Fusionsverhandlungen im Gange. Die Verschmelzungsbestrebungen scheiterten am Mittwoch. Die Bank für Deutsche Beamte hatte einerseits zahlreichen Beamten, die eine Ueberweisung ihrer Gehälter an ihre Kassen vorgenommen hatten, Vorstöße gewährt, andererseits die Verwaltung des Vermögens zahlreicher Beamter übernommen, die ihre Gehälter gleichfalls von der Staatskasse direkt an die Bank zahlen ließen. Sie erschienen dann meistens am letzten eines jeden Monats, oder je nach Bedarf bei der Bank, und hoben ihre Gelder ab. Als die Beamten sich Donnerstag bei den Depotkassen und auch in der Zentrale um ihre Gelder meldeten, wurde ihnen von den Kassenbeamten zunächst mitgeteilt, daß eine augenblickliche Geldknappheit eingetreten sei und man zunächst nur Kontozahlungen leisten könnte. Gegen neun Uhr vormittags, als dann immer mehr Kunden angekommen waren, wurde ihnen plötzlich erklärt, daß das Geld ausgegangen sei und vorläufig keine weiteren Auszahlungen stattfinden könnten.

Auf Grund weiterer Einzelheiten, die inzwischen bekannt wurden, ergibt sich, daß die Bank für Deutsche Beamte schon seit geraumer Zeit recht zweifelhafte Geschäfte übernommen hatte,

was auch die Beamtenzentralbank veranlaßte, vor einem Zusammengehen mit der Bank für Deutsche Beamte abzusehen. Unter anderem soll die Deutsche Beamtenbank sehr üble Kreditgeschäfte getätigt haben. Einem Privatmann, der sich, wie öffentlich bekannt war, in schwierigen Verhältnissen befand, soll sie gegen einen lächerlichen Prozentsatz sehr viel Geld geliehen haben. Weiter habe sie zweifelhafte Automobilzahlungsengeschäfte abgeschlossen. Angesichts dieser Situation lehnte es, wie oben bereits erwähnt, der Vorstand der Deutschen Beamtenzentralbank ab, mit einem derartig notleidenden Unternehmen eine Fusion einzugehen. Gleichzeitig wurde die Kreditperre von der Deutschen Beamtenzentralbank beschlossen, und nun mußte Donnerstag die Bank für Deutsche Beamte die Zahlungen einstellen.

Konkursverfahren gegen das Kasseler Bankhaus André & Herzog.

Kassel. Ueber das Vermögen des in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen alten Bankhauses André & Herzog in Kassel ist Donnerstag das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt und Notar Dr. Schäfer in Kassel bestellt. Ueber die Höhe der Verbindlichkeiten verlautet, daß die bis jetzt zur Anmeldung gekommenen Verpflichtungen rund 1,5 Mill. Rm. ausmachen, denen Vermögenswerte im Betrage von nur 260- bis 280 000 Rm. gegenüberstehen. Indessen können diese Ziffern noch nach oben oder nach unten Veränderungen erfahren. Der eine Mitinhaber der Firma, der 55jährige Bankier Julius Zinn, hat sich im Walde erschossen. Der Mitinhaber des Bankhauses, Bankier Hans F. Herzog, hat sich auf dem Kasseler Amtsgericht, Abt. Konkursachen, eingefunden. Dieser Zusammenbruch hat in Kassel das größte Aufsehen hervorgerufen.

Wir machen an dieser Stelle auf die im Anzeigenteile enthaltene Anzeige über „Meisters Buch-Roman“ aufmerksam, die wir der Beachtung unserer Leser freundlichst empfehlen.

Wie steht es um die Reichsfinanzen?

Silberding verteidigt seine Finanzpolitik.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages sprach Reichsfinanzminister Dr. Silberding über die Einnahmestände des Reiches. Einleitend hat er um beschleunigte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung der Reichshaushaltsordnung. Dem Reichstag werde in dieser Herbsttagung der Nachtragshaushalt für 1929 und der Haushaltsplan für 1930 zugehen. Die Beratungen über die Reichshaushaltsordnung müßten vorher abgeschlossen sein. Zum Nachtrag für 1929 äußerte sich der Minister, daß die Sparaktion des Reichstages die Einnahmestände so eingengt hätte, daß gewisse Korrekturen notwendig seien. Der Nachtrag werde erst vorgelegt, wenn die Haager Verhandlungen über den Young-Plan abgeschlossen seien. Im Nachtragshaushalt müsse man zunächst

das Defizit des Jahres 1928 in Höhe von 154 Millionen abdecken.

In zweiter Linie müsse man an das Defizit des Jahres 1929 denken. Schließlich müßte auch eine Reihe von Ausgaben zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen oder Vertragsverpflichtungen, die neu entstanden seien, in den Nachtrag eingestellt werden. Der Minister verwies dabei auf die 12,5 Millionen Rm. aus dem belgischen Mark-Abkommen, die Deutschland jährlich zahlen muß.

Dann wandte sich der Minister gegen die von der Presse geübte Kritik. Es könne keine Rede von einer Verschleppung der Vorlage des Nachtrages sein. Dasselbe gelte für den Etat 1930 und für die Finanzreform. Der Etat 1930 werde auf der Finanzreform aufgebaut sein.

Die Finanzreform erstrebe eine Senkung der Steuerlasten. Nur so sei eine Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft möglich. Damit werde zugleich beste Sozialpolitik getrieben. Die Finanzreform werde an einer Senkung der Einkommensteuer und an den Realsteuern nicht vorübergehen. Das Ziel werde nicht dadurch verkleinert, daß die Biersteuer in einem Umfange erhöht würde, wie sie für den Etat 1929 geplant war. Der Minister betritt, daß er gegenwärtig an Monopole denke. Er sprach dabei von Komplikationen, die die Reform aufhalten könnten. Die Finanzreform habe zur Voraussetzung, eine echte Bilanzierung des ordentlichen Etats und eine fortschreitende Sanierung des außerordentlichen Etats. Die Sanierung der Kassenlage könne durch Anleihen erfolgen.

Die parlamentarische Kritik.

Graf Westarp (Snatl.) betonte, daß die Ausführungen des Finanzministers so wenig beweiskräftig seien, daß sie nicht zur Beruhigung über die katastrophale Lage der Reichsfinanzen und der Kassenlage dienen könnten. Man müsse ein zahlenmäßig klares Bild verlangen können.

Dr. Hortlacher (Bayr. Sp.) betonte, seine Fraktion sehe keine großen Hoffnungen auf die Steuerreform. Der Finanzminister schlage bereits neue Steuern vor. Die Biersteuer werde auf schärfsten Widerstand stoßen. Wenn der Bierkonsum zurückginge, würde die Lage der Landwirtschaft katastrophal werden.

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen teilte der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Ködner (Zent.) mit, daß ein deutschnationaler Antrag eingegangen sei, mit dem Verlangen, der Finanzminister möge zahlenmäßige Unterlagen geben.

Der Finanzminister erklärte, daß er die Zahlen nicht geben könne, bevor nicht der Young-Plan abgeschlossen sei. Graf Westarp begründete nunmehr den deutschnationalen Antrag. Er wies darauf hin, daß die monatlichen Uebersichten aus dem Finanzministerium nicht genügend Klarheit ergeben. Man müsse auch wissen, wie der Minister sein Finanzprogramm im einzelnen durchzuführen gedenke. In der Abstimmung wurden der deutschnationale Antrag und ähnliche Anträge der Kommunisten abgelehnt.

Es folgte die Beratung des Gesetzesentwurfs zur Aenderung der Reichshaushaltsordnung.

Professor Dr. Schreiber (Ztr.) wies als Berichterstatter darauf hin, daß sich die Novelle zwischen Polen beuge, die einmal durch die Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministers und zum anderen durch das Budgetrecht des Reichstages gezeichnet würden. Abgeordneter Herzt (Dntl.) betonte, daß sich eine übermäßige Diktatur des Finanzministers verbiete, solange das parlamentarische System und parteimäßige Bindungen eine Abhängigkeit des Finanzministers ermöglichten. Seine Freunde ständen dem Entwurf ablehnend gegenüber. Abgeordneter Bernhard (Dem.) meinte, der Reichstag müsse unter allen Umständen die Entscheidung des Finanzministeriums revidieren können.

Finanzminister Dr. Silberding nannte einen Vorschlag des Abg. Dr. Cremer (D. Sp.), die ganze Aufstellung des Haushaltsplans aus dem Finanzministerium herauszunehmen und einen besonderen Haushaltsminister zu bestellen, nicht durchführbar. Abg. Heinig (Soz.) lehnte den Finanzdiktator und die Aufspaltung der Befugnisse des Finanzministers für seine Partei entschieden ab. Der Ausschuss vertagte sich auf Donnerstag.

Diskontermäßigung in Newyork

Kräftige Erholung der Newyorker Börse

Newyork, 1. November. Der Newyorker Börsenbeginn brachte am Donnerstag keine Fortsetzung der bisherigen aufseherregenden Kursstärkung, da man in den Vereinigten Staaten infolge der Londoner Diskontermäßigung einen entsprechenden Schritt auf den maßgebenden amerikanischen Banken erwartete, wurden aus dem ganzen Lande Kaufaufträge erteilt. Bereits in der ersten halben Stunde wurden 25 Millionen Stück Aktien umgesetzt und um 1,30 Uhr amerikanischer Zeit war der Umsatz auf über 4,5 Millionen Stück gestiegen. Die Kurse besserten sich sprunghaft bis zu 30 Punkten. Allgemein herrschte eine freundlichere und beruhigtere Stimmung. Zum Laufe des Tages wurde die erwartete amerikanische Diskontsenkung überaus schnell zur Wirklichkeit. Der Federal Reserve Board setzte die Diskontsatz um ein volles Prozent von 6 auf 5 v. H. herab. Im weiteren Verlauf der Newyorker Börse konnten sich die höchsten Notierungen allerdings nicht ganz behaupten, sondern es traten wieder letzte Ermäßigungen bis zu 6 Punkten ein.

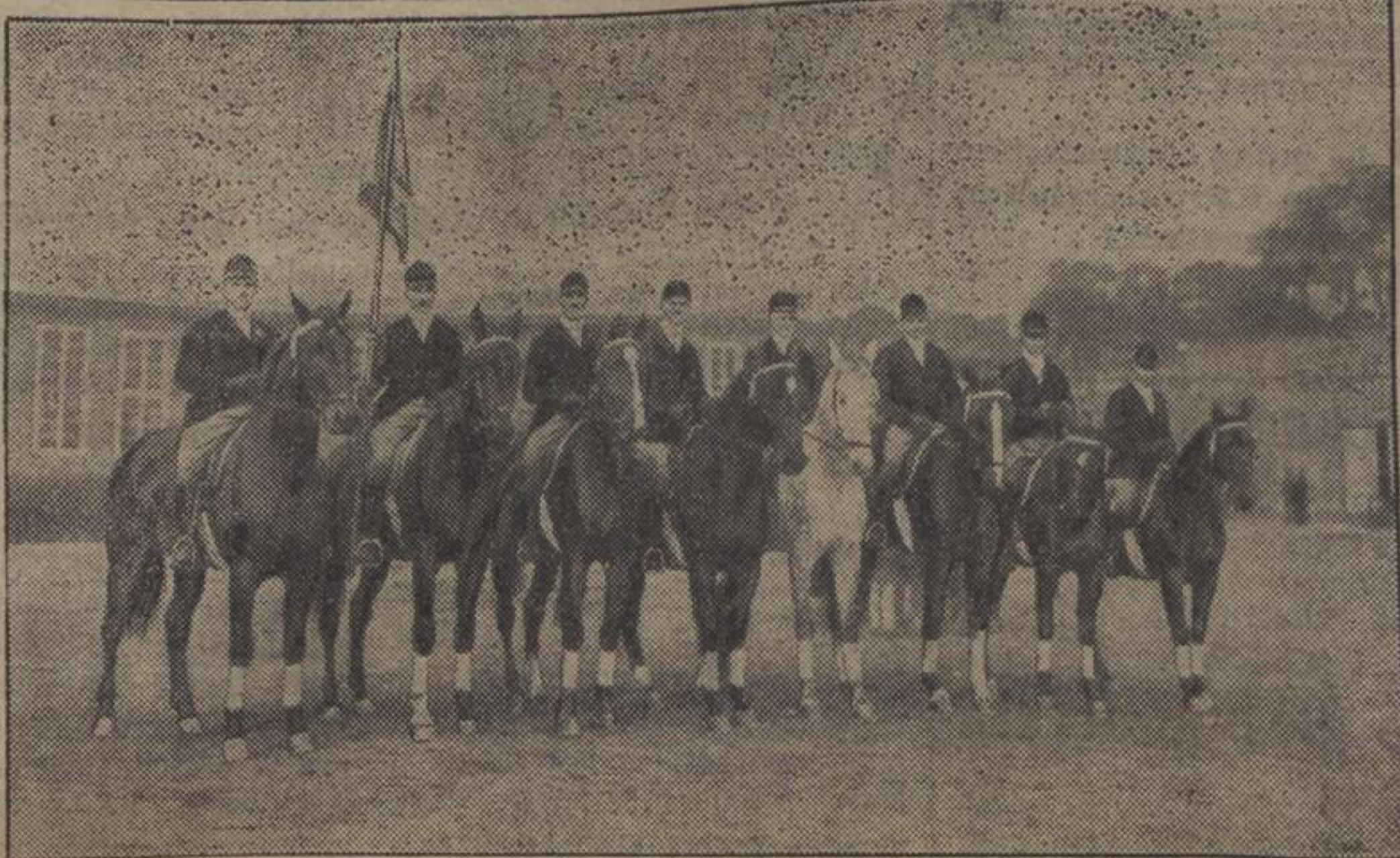
Sport.

Kein Rugbystampf Deutschland — Tschechoslowakei. Als Ersatz für den ausgefallenen Rugby-Länderskampf Deutschland — Italien sollte am 3. November ein Treffen gegen die Tschechoslowakei stattfinden. Die vom Deutschen Rugbyverband mit den Tschechen eingeleiteten Verhandlungen haben jedoch bisher ein negatives Ergebnis gezeitigt, so daß die Begegnung abgesehen wurde.

Keine weitere Teilnahme Englands am Wettbewerb am den Schneider-Pokal. Infolge der wegen der Teilnahme am Wettbewerb um den Schneider-Pokal am 7. September entstandenen hohen Unkosten hat die englische Regierung beschlossen, in Zukunft von jeder weiteren Beteiligung am Wettbewerb um diesen Preis abzusehen.

Deutschlands Meisterturner in Hildesheim. Der älteste und größte Turnverein des Weser-Leine-Gaues, der Mtu. 1848 Hildesheim, wartet am 1. Dezember mit einer turnerischen Großveranstaltung im Hildesheimer Stadtheater auf. Zum ersten Male werden hierbei zwölf der besten deutschen Geräteturner aus Berlin, München, Leipzig, Hamburg, Augsburg, Frankfurt am Main mitwirken. Gerade aus diesem Grunde dürfte die Veranstaltung nicht nur in Fachkreisen, sondern bei allen Freunden deutscher Leibesübungen Anklang finden, wie auch die rege Nachfrage im Vorverkauf schon bewiesen hat.

Saubbau-Meisterklasse der Spielgruppe Nordbayeren. Der bayerische Meister und L. u. Sp.-B. 1883 Nürnberg, der erst in die Klasse aufgestiegen ist, stehen angeklagt an der Spitze, hart gefolgt von Tu. Leonhard-Sünderbühl-Nürnberg. Mit nur einem Punkt folgen dann Tgm. Würzburg 1848 und Mtu. Fürth. Ohne Punkt ist bis jetzt Tbd. Bayreuth. Am 3. November wird eine Klärung erfolgen, da sich die beiden Spitzenmannschaften an diesem Tag gegenüberstehen.



Die beste deutsche Reitermannschaft.

Die Reitergruppe der Provinz Hannover gewann in diesem Jahre zum dritten Male den Landeswettbewerb anlässlich des großen Turniers in der Westfalenhalle in Dortmund gegen zwölf Mannschaften aus verschiedenen deutschen Landesteilen. Dieselbe Mannschaft stellte in drei weiteren Prüfungen die Sieger.

Hôtel Schützenhaus

Zu meiner Sonnabend, den 2. und Sonntag, den 3. November stattfindenden

Haus-Kirmes

lade ich alle meine lieben Freunde und Gönner aufs herzlichste ein.

Ganz besonders lade ich die verehrten Mitglieder der Priv. Schützengesellschaft aktiv wie passiv ganz ergebenst ein.

Aus Küche und Keller wird das Beste kommen!

In der Diele: Verstärktes Künstler-Konzert!

Im Saale von 1/6 Uhr der beliebte Großtanzdielen-Betrieb!

Höflichst lade ich hierzu ein Alwin Höntsch

Gasthof Pulsnitz M.S.

Schönster und größter Saal der Umgebung

Sonntag, von 5 Uhr an

Feiner öffentlicher Ball!

Gasthof „Goldne Krone“, Obersteina
Sonnabend, den 3. November

feiner Ball!

Obergasth. Lichtenberg
Sonnabend, den 3. November 1929

zur jungen Kirmes ab 6 Uhr

feiner Ball (Damenwahl)

Hierzu lade ich freundlichst ein Max Klare und Frau

Olympia-Theater

Sonnabend 8 Uhr, Sonntag 6 u. 1/9 Uhr

Um seine Ehre

Ein Filmspiel in 7 Akten von Hjalmar Bergman

In den Hauptrollen:

Gösta Ekman - La Jana - Hans Albers

Der Wächter des Glückes

6 Akte aus dem Leben eines Goldsuchers

In der Hauptrolle: Der deutsche Schäferhund Rolf

Der Rudersport / Naturaufnahme

Hente abend 8 Uhr Vesper in der Kirche

Sonntag, d. 3. Nov., nachm. 3 Uhr

Versammlung aller Rentner im „Weißen Hirsch“, Oberlichtenau.

Schumanns

die guten Altdeutschen Wein- u. Probierstuben der Neustadt!

Dresden-N., Rähnitzgasse 16, Ecke Obergarten 17, 5 Minuten vom Neustädter Bahnhof.

Wir verzinsen Spareinlagen

auch an Nichtmitglieder bis auf Weiteres zu höchsten Zinssätzen.

Unsere Geschäftsräume befinden sich am Bahnhof Pulsnitz (Verladestraße)

Spar-, Kredit- und Bezugsverein Pulsnitz

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht

MACHT DIE AUGEN AUF!

Pomröno Bellachini im Schützenhaus

Diesmal nur ein Gastspiel Sonnabend, 2. Nov., abds. 8 Uhr. Außerdem Elvira, der weibliche Sherlock Holmes, als Liebeskündigung Rochie mit seinem kleinen Fritz, oder die Stimme aus der Unterwelt. — Alles andere sagen die Reklame-Plakate und Reklame-Autos — Am 3. Nov. in OHORN, Petermanns Gasthaus.

Für die uns anlässlich unserer

Silber-Hochzeit

dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch allen unseren

herzlichsten Dank.

Besonderen Dank den 3 Kegelklubs, 2 Gesangvereinen, der Fleischerinnung zu Pulsnitz sowie den beiden Turnvereinen und dem Groß-öhdorfer Musikchor für die erwiesenen Ehrungen.

LICHTENBERG, am 1. Nov. 1929.

Max Klare und Frau Martha geb. Gäbler.

Die Jubiläums-Ausgabe der 100. Band von

Meisters Buch-Roman

Helene Chlodwigs

Schuld und Sühne

Der mit großer Spannung verfolgte Roman von F. Schneider. Jetzt ist erschienen. Jedes Heft 25 Pfg. Einband-Decke gratis!

Bestellen Sie noch heute in unserer Geschäftsstelle

Pa. Senftenberger Briketts

in allen Formaten

liefert prompt

H. Herzog, Bischheim-Gersdorf

Homöopath. Verein Pulsnitz
Sonnabend, d. 2. Nov. 1929, abds. 8 Uhr

Versammlung im Vereinslokal und Vortrag von Herrn Götz

Mitglieder und Freunde werden hierzu herzlich eingeladen

Der Vorstand

Suche für sofort eine Frau

zum Milchhaustragea Joh. Trepte

Suche zwei Mädchen

für Neujahr in Landwirtsch. für Haus- und Feldarbeit nach Großröhrsdorf

Für Stall ist Schweizer vorhanden. Zu erfragen in der Tagesblatt-Geschäftsstelle.

Ab 1. Dezember helles, zweiseitiges

Zimmer

leer oder möbliert, zu vermieten Großröhrsdorferstr. 56 c

Schlafstelle

oder einfach möbl. Zimmer pr. sofort von solchem Herrn zu mieten gesucht.

Offerten unter L. 1 an die Tagesblatt-Geschäftsstelle

3 große Fenster

zu Frühbett geeignet

2 Türen zu Lauben

in Schreiber-Ärten passend zu verkaufen Hauptmarkt 6.

Aus aller Welt.

Die Einäscherung des Dichters Arno Holz.

Berlin. Am Mittwoch nachmittag fand in der Halle des Krematoriums in Wilmersdorf die Einäscherung des Dichters Arno Holz statt. Für die Sektion der Dichtkunst der preussischen Akademie der Künste, die auch die Ausgestaltung der Feier übernommen hatte, würdigte Alfred Döblin die Verdienste des Verstorbenen um eine der Zeit angepasste Entwicklung der deutschen Dichtkunst.

Wieder acht Bauern in Russland zum Tode verurteilt.

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Oberste Gericht in Fernen Osten in Stretenst acht Todesurteile gegen Bauern ausgesprochen, weil sie versucht haben Banden zu bilden zur Bekämpfung der Sowjet-Regierung

Selbstmord eines Kasseler Bankiers

Nach einer Berliner Blättermeldung aus Kassel, hat sich der Mitinhaber des Privatbankhauses André & Herzog in Kassel, das fast 100 Jahre besteht, Bankier Julius Zinn am Dienstagabend im Walde in Wilhelmshöhe erschossen. Der Grund zu dieser Tat liegt in geschäftlichen Schwierigkeiten des Bankhauses. Das Bankhaus konnte am Dienstagmittag auf der Reichsbank bei der Abrechnung den Ausgleich nicht herbeischaffen und mußte sich als in Zahlungsschwierigkeiten befindlich erklären. Der 2. Inhaber des Hauses, Bankier Herzog wird vermisst.

Ein Flugzeug in ein Haus gestürzt

Nach einer Wiener Meldung des „Totalanzeigers“ aus Hermannstadt (Siebenbürgen) stürzte in Turmu-Servin ein Passagierflugzeug, das sich nach Bukarest unterwegs befand, bei einem Notlandungsversuch 300 Meter Höhe mitten über der Stadt ab und fiel auf ein Wohnhaus, dessen Dach es durchschlug. Dabei fing der Apparat Feuer. Der Pilot und ein Passagier kamen in den Flammen um. Das Flugzeug wurde völlig zerstört.

Gingefandt

Zwei Jahre Reichspost Pulsnitz-Radeberg

In diesen Tagen werden es nun zwei Jahre, daß zwischen Pulsnitz und Radeberg Kraftpostverkehr besteht. Und man kann sagen, daß diese Linie sowohl für die Landbevölkerung, als auch vor allem für den Säckel der Reichspost sehr zum Vorteil geworden ist. Man sollte nun meinen, daß bei guter Benutzung einer Linie die Reichspost auch lebhaftes Interesse daran hat, ihre Kunden, die Fahrgäste, möglichst gut zu bedienen. Daß die Reichspost allerdings anderer Meinung ist, kann man daraus ersehen, daß es sehr lange gedauert hat, ehe für die besonders an Sonntagen sehr stark in Anspruch genommene Strecke ein Wagen kam, der eine oft gefällige Liebesfühlung vermittelt. Nun soll trotz allem die Postverwaltung unserer Linie darüber klagen, daß der Durchgangsverkehr Pulsnitz-Radeberg ein nicht besonders starker ist. Ist das zu verwundern? Einestheils läßt sich das damit erklären, daß der frühere Wagen das Mitfahren sehr unbequem machte. Zum anderen fragt sich der Reisende: „Warum haben wir noch keine Eilpostlinie Pulsnitz-Dresden?“ Die jetzt fahrenden Wagen haben zwar in Radeberg Anschlüsse an die nach Dresden fahrenden Züge. Aber schon oft wurden diese Anschlüsse nicht erreicht. Und das ist besonders im Winter bei den unzulänglichen Straßen über Lichtenberg-Leppersdorf auch unvermeidlich. Außerdem spart der Reisende an der Fahrzeit Pulsnitz-Dresden mit Postauto nach Radeberg gar nichts. Der einzige kleine Vorteil, den man im letzten Sommerfahrplan erreicht hat, daß in Radeberg der Wagen der staatlichen Linie einen Anschluß mitnahm, ist jetzt wieder weggefallen, weil die SKV neuerdings, ohne sich mit der Post in Verbindung zu setzen, ihre Fahrpläne geändert hat. Es scheint also der SKV gar nichts daran zu liegen, die von Pulsnitz mit dem Postauto kommenden Personen nach Dresden weiter zu befördern. Schließlich konnte man ja auch darauf verzichten, da die SKV Wagen fast immer so besetzt waren, daß der Reisende von Radeberg nur mühsam einen Stehplatz bekam. Warum also zögert die Postverwaltung immer noch mit der Einrichtung einer Eilpostlinie Pulsnitz-Dresden direkt über den Eiertberg? Aus welchem Grunde darf die Strecke Radeberg-Dresden mit von Wagen der SKV befahren werden, während doch bekannt ist, daß in einzelnen Gegenden Sachsens Strecken gemeinsam befahren werden? Alle unsere größeren Orte der Amtshauptmannschaft (Ramenz, Großröhrsdorf, Rönigsbrück) haben eine solche Eillinie als gute Verbindung mit der nahen Landeshauptstadt. Auch wir Pulsnitzer warten schon lange darauf. Wir bitten nicht nur, wir verlangen auch, daß die maßgebenden Stellen nun endlich energisch diesen Plan aufgreifen, damit auch wir uns bald dieser Einrichtung erfreuen können. Wenn der Fahrpreis sich dem der 3. Eisenbahnklasse anpaßt, dann ist eine starke Benutzung der Eillinie Pulsnitz-Dresden bestimmt zu erwarten, ganz abgesehen davon, daß diese Verbindung auch für den Dresdner Ausflugsverkehr von großer Bedeutung ist. r. e.

Die Glatze droht!



Das Arzt empfohl. Müllers des Haars m. Dr. Müllers Haarswuchs-Elixier befeuchtet zuverlässig Haarschwund, Haarausfall, Kopfschuppen, Juckreiz u. verhindert frühzeitiges Ergrauen. Nervenstärkend. Mit od. ohne Fett-Packung. v. Hersteller Dr. Müller & Co., Berlin-Lichterfelde 1.

Müllers des Haars

In Fachgeschäften; bestimmt; Salon August Müller

Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Zunächst noch starke Bewölkung und vereinzelt Neigung zu Nebel und Sprühregen. Im späteren Verlauf vorübergehend Bewölkung vermindert, sofern nachts Aufklaren, Regenschauer, Nachtfrost. Tagtemperatur wenig geändert. Flachland schwach, Gebirge mäßige bis starke Winde aus nördlicher Richtung.

Kirchen-Nachrichten

Lichtenberg

Sonntag, den 3. November, vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachm. 2 Uhr Taufen.

Großnaundorf

Sonntag, den 3. November, nachm. 4 Uhr Predigtgottesdienst. Dienstag, 5. Nov., abends 1/9 Uhr Jungmännerabend im Pfarrhaus.

Oberlichtenau

Sonntag, den 3. November, 9 Uhr Predigtgottesdienst; Sammlung für den Gustav Adolf-Verein. 1/11 Uhr Kindergottesdienst.

Reichenbach

Sonntag, den 3. November, vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Montag, den 4. Nov., abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus. Dienstag, den 5. Nov., abends 8 Uhr Frauenverein im Gasthof zu Niederlichtenau. — Freitag, den 8. Nov., vorm. 9 Uhr Wochentomunion (Herr Pfarrer Sebastian, Neukirch).



Blendend!

Kein einziges Hühnerauge mehr durch

„LEBEWOHL!“

Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl Ballenscheiben Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg. Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg. erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Sicher zu haben: Central-Drogerie Max Jentsch, Lange-Str. 32

Pulsnitzer Tageblatt

Donnerstag, 1. November 1929

Beilage zu Nr. 255

81. Jahrgang

Die große Bedeutung der Gemeindevahlen.

Oberbürgermeister Dr. Blüher, M. d. L., schreibt in der „Sächsischen Industrie“ u. a.: Die Bedeutung der Gemeindevahlen am 17. November liegt natürlich in erster Linie auf dem Gebiete der Verwaltung der betroffenen Gemeinde. In vielen Gemeinden werden die Neuwahlen dafür ausschlaggebend sein, ob die Linksparteien oder die bürgerlichen Parteien künftig den Ausschlag in der Verfassung der Gemeindeverordnungen geben werden. Von den Mehrheiten, die sich bilden, wird vor allem die Finanzwirtschaft abhängen.

Von der Bewilligung der Ausgaben hängt auch das Maß ab, in welchem die der Gemeinde verfügbaren Steuerquellen ausgeschöpft werden. Will man eine antragbare Belastung vermeiden, so muß man eben die Ausgaben entsprechend einrichten. Die Belastung der Wirtschaft mit Steuern ist heute eine außerordentlich hohe. Wir in Sachsen leiden darunter, daß durch die Steuern ebenso wie durch die hohen Zinssätze für Leihgelder die Unkosten der wirtschaftlichen Betriebe außerordentlich wachsen und daß infolgedessen unsere Industrie, die nun einmal in großem Umfange auf die ausländische Einfuhr eingestellt ist, mit ihren Preisen gegenüber der ausländischen Konkurrenz vielfach nicht wettbewerbsfähig ist. Unter dem Mangel ausländischer Aufträge leiden nicht nur die Arbeitgeber, sondern ebenso Beamte, Angestellte und Arbeiter, die infolgedessen entlassen oder auf Kurzarbeit gesetzt werden müssen. Die Steuern müssen auch im Interesse der inländischen Kapitalbildung möglichst niedrig gehalten werden.

Die Wahl der Gemeindeverordneten hat nicht nur Bedeutung für die Politik in der einzelnen Gemeinde. Von den Wahlen der Gemeindeverordneten hängt auch die Zusammensetzung einer Reihe von anderen Körperschaften ab.

Die Zusammensetzung der Bezirks- und Kreisräte sowie die Zusammensetzung der Bezirksversammlung sind von den Ergebnissen der Gemeindevahlen abhängig. Ebenso auch die Zusammensetzung des Gemeindevorstandes. Die außerordentlich große Bedeutung der Gemeindevahlen ist klar. Bei der wachsenden Bedeutung des Gemeindelebens kann die Pflicht zur Wahl nicht scharf genug eingehämmert werden.

Die hohe Zahl jugendlicher Erwerbsloser.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

Die Bewegung der Arbeitsuchenden nach der Stichtagszählung der Arbeitsämter verläuft von Mitte September bis Mitte Oktober annähernd im gleichen Tempo wie die Entwicklung zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden stieg von Mitte September bis Mitte Oktober 1929 um 9,0 Prozent, im Vorjahr 11,6 Prozent; die Zahl der arbeitssuchenden Frauen

von Mitte September bis Mitte Oktober 1929 um 1,1 Prozent und zur gleichen Zeit des Vorjahres um 2,1 Prozent gesunken. Daß die Unterschiede im Tempo der Bewegung nicht so erheblich sind wie die Unterschiede in den absoluten Arbeitslosenzahlen, die den Vorjahresstand um rund 90 Prozent übertreffen, deutet darauf hin, daß sich in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt strukturelle Wandlungen vollzogen haben.

Den Zustrom der Erwerbstätigen im Jahre 1929 konnte die Wirtschaft nicht voll fassen; ganz auffallend ist die hohe Zahl der jugendlichen Erwerbslosen bis zu 21 Jahren. Die immer stärker um sich greifende Konzernbildung, die in der Maschinenindustrie, in der Auto- und Fahrradindustrie, ferner in der Zigarettenindustrie besonders deutlich hervortritt, setzt in steigendem Maße Arbeiter und Angestellte frei, für die andere Industriezweige keine Arbeitsmöglichkeiten mehr bieten können, da der Baumarkt infolge der anhaltenden Finanzierungsnotlage fast in allen Bezirken still liegt und die Industrie der Steine und Erden ständig über Auftragsmangel klagt.

Die Saisonbelegung der Textilindustrie und des Bekleidungsgebietes, die zwar noch in erfreulichem Maße vorherrscht, ist dennoch nicht mehr imstande, den Arbeitsmarkt wesentlich zu entlasten, und in der letzten Berichtswoche vom 17. bis 24. Oktober ist auch die sinkende Bewegung der Zahl der in der Arbeitslosenversicherung unterhaltenen Frauen einer Steigerung um 1,0 Prozent gewichen. Der Zustrom der männlichen Hauptunterstützten der Arbeitslosenversicherung hat sich um 6,2 Prozent verstärkt. Um so mehr wird man die Bestrebungen zur Förderung einer gleichmäßigen Verteilung der öffentlichen Aufträge unterstützen müssen und es ist zu wünschen, daß auch die Verhandlungen der Zentralbeschaffungsbehörden über eine bessere räumliche Verteilung der Aufträge für den daniiederliegenden sächsischen Arbeitsmarkt eine baldige Abhilfe bringen.

Von der evangelischen Landeskirche.

Man hat jetzt, da der Streit um die Aufhebung der sog. Revolutionsfeiertage geht, die Frage aufgeworfen, warum man nicht auch an die noch bestehenden kirchlichen Feiertage herangehe, und dabei denkt man auch, weil er gerade „aktuell“ ist, an den Reformationsfeiertag des 31. Oktobers. Viel Gegenüber wird ein solcher Vorschlag allerdings nicht finden: in Sachsen, von wo aus Luthers Reformation ihren Anfang nahm, hat man ja schließlich nicht nur kirchliches, sondern auch erhebliches historisches Interesse an diesem Feiertage. Von beiden Gesichtspunkten aus verdient die Frage Aufmerksamkeit: Wie sieht es heute mit der evangelischen Landeskirche in Sachsen? Der Antwort darauf werden viele seit, verschiedene Strömungen gibt es in unserer aufgewühlten Zeit auch auf diesem Gebiete. Hier aber soll nur die Statistik antworten, wie

sie soeben vom Landeskonfistorium für das Jahr 1928 aufgestellt worden ist.

Da sieht man, daß von den rund fünf Millionen Einwohnern Sachsens noch immer 4 465 880 Mitglieder der Landeskirche sind. Kirchengaustritte hat es auch in diesem Jahre wieder 26 227 gegeben, die Zahl ist aber gegenüber 1927 etwas gesunken, denn damals waren es noch 30 382. Immerhin: während vor dem Kriege die Zahl der Kirchengaustritte ganz gering war, sind es mehrere Hunderttausend, die seit 1918 der Kirche den Rücken gewandt haben. Das Kirchengaustrittsgesetz, das nur noch eine einfache Erklärung vor dem Standesbeamten verlangt, hat diese Bewegung natürlich sehr begünstigt. Leipzig steht noch immer an der Spitze; hier sind 1928 abermals 5703 Austritte zu verzeichnen, während Dresden — dessen Einwohnerzahl nur wenig unter der Leipzigs liegt — nur 3993 aufzuweisen hat. Von der Gesamtzahl der Ausgetretenen sind 23 zur katholischen Kirche gegangen, 478 zu sonstigen christlichen Gemeinschaften (in der Hauptsache zu den Sekten) und 5 zum Judentum. Die letzteren sind wohl im Zusammenhang mit Eheschließungen entstanden. Wo die übrigen 25 721 hingegangen sind, ist unbekannt. In der Hauptsache werden diese Ausgetretenen religionslos geworden sein, sicherlich befinden sich aber auch unter ihnen noch viele Sektierer.

Aber auch die Zahl der Übertritte zur evangelischen Kirche ist nicht unbedeutend. Sie beläuft sich im ganzen auf 5294, und darunter befinden sich nicht weniger als 2909 Leute, die früher schon einmal der evangelischen Kirche angehört haben. 737 Übertritte kamen vom Katholizismus, 328 von sonstigen christlichen Gemeinschaften, 11 vom Judentum und 4128 aus nichtchristlichen Gemeinschaften bzw. von der Religionslosigkeit.

Die Statistik zeigt, daß freiwillig unter den Mitgliedern der Kirche es viele gibt, die auf die Teilnahme an den kirchlichen Handlungen verzichten. So wurden in rein evangelischen Ehen 51 515 Kinder geboren, aber nur 47 767 Kinder getauft. Für die Mischehen lauten die entsprechenden Zahlen auf 7214 und 4977. Eheschließungen rein evangelischer Paare fanden 37 344 statt, kirchliche Trauungen jedoch nur 32 799. Mischehen wurden 7566 geschlossen und nur 1450 davon wurden evangelisch vollzogen. Die Mehrzahl dieser Trauungen fällt auf die katholisch-evangelischen Mischehen (nämlich 1333 von insgesamt 2792), während von 4440 evangelisch-bisshöflichen Mischehen nur zwei kirchlich getraut wurden. Bemerkenswert ist es, daß verhältnismäßig stark die kirchlichen Dienste bei den Verstattungen in Anspruch genommen wurden: es starben 50 333 Evangelische und 47 610 wurden mit einer kirchlichen Feier begraben.

Zum Schluß noch einige weitere Zahlen: 1928 wurden 74 533 Kinder evangelisch konfirmiert, Konfirmationsverjagungen wurden 30 ausgesprochen. Auch 13 Trauungen wurden verjagt. 1 065 886 Personen (405 124 männliche und 660 762 weibliche) nahmen am



Copyright 1929 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf. (Nachdruck verboten.)

Der Erfolg war etwas deprimierend, denn gleich als erstes schnappte ihn Killi an:

„Kannst du noch immer nicht begreifen, daß man erst dann zulange, wenn die Dame genügend Jam hat?“

„Dann nimm dir doch nicht stundenlang, daß anderen Leuten schon vor Hunger die Gurgel heraushängt.“

Er fühlte wohl, daß man das nicht „in Liebe nähern“ nennen konnte. Aber wenn sein über Nacht ausgehungertes Magen gebieterisch sein Recht verlangte, konnte er sich nicht entschließen, irgend jemand mit Liebe zu betrachten.

„Du sollst doch nicht so viel essen zum Frühstück. Nachher hängt du wieder wie ein junges Mastalb auf dem Gaul.“

Antwort wurde ihm nicht, aber ein Blick, der Wände sprach. Die Reifestunde verlief denn auch in streng korrektem Schweigen, bis auf die paar Unterweisungen, und Killi verließ den Lehrer dieser edlen Kunst, bei der sie bedeutend mehr Talent zeigte, wie beim chauffieren, ohne ihn eines Blickes zu würdigen. Und Willi hatte das Gefühl, daß er mal wieder in das bewußte „Kettknäpfchen“ getreten war.

Das schmerzte ihn derartig, daß er hinauf auf sein Zimmer ging, sich umzog und wieder zu einem sanften Schlafen auf seinen Divan niedersank, dadurch die rechte Dinerstunde veräumte und erst zum Tee die Geliebte seines Herzens wieder sah.

Rose-Maria hatte in der ersten Nacht, da sie wieder in Hochheim war, denselben Traum gehabt, wie in der letzten Nacht vor ihrer Abreise. Die Ahnenfrau Aurora war ihr wieder erschienen, hatte ihr gewinkt, ihr zu folgen und sich bemüht, die große Türe zu öffnen.

Da dieser Traum nichts Bellemendes hatte, so sprach sie nicht darüber, entschloß sich aber, an einem Nachmittag einen Spaziergang nach der nahen Dorfkirche zu machen.

Dort suchte sie den Pfarrer auf und unterhielt sich mit ihm über alte Kirchenbücher und dergleichen.

Dieses Thema war das Stiefkind des Pfarrers und er freute sich, endlich einen Menschen gefunden zu haben, der sich für derartige Dinge interessierte.

Er bat sie, mit zu der Kirche zu kommen, wo er ihr alle Bücher zeigen wollte, besonders ein altes Kirchenbuch, welches er eben zu restaurieren versuchte.

Voller Interesse folgte ihm Rose-Maria, und so hielt sie nach geraumer Zeit eine alte Kirchenchronik aus dem siebzehnten Jahrhundert in den Händen.

Sie wandte Blatt um Blatt in dem vergilbten Buch, fand aber nichts über die Geschichte der Fürstin Aurora. Sie fragte den Pastor über diesen Punkt und hörte zu ihrer Freude von ihm, daß ganz am Ende des Buches eine kurze Eintragung sei, die wohl von der Fürstin Aurora handeln müsse.

Schnell blätterte Rose-Maria um und fand dann von zitternder Greisenhand geschriebene einige Zeilen.

Schwer konnte sie alles entziffern, aber den wesentlichen Inhalt brachte sie gut zusammen.

„Darf ich dieses Buch mit nach Hochheim nehmen, Herr Pastor?“

„Aber ganz gewiß. Ich kann es ja am Sonntag wieder mit zurücknehmen.“

„Vielen Dank. Ich will versuchen, ob ich den Inhalt in Hochdeutsch überlesen und dem Herzog den Bericht über seine Ahnfrau übermitteln kann. Es wird Seine Hoheit sicher interessieren, daß seine Ahnfrau zu Unrecht des Kindesmordes angeklagt worden ist. Arme Frau — wie mag sie gelitten haben.“

Bald verabschiedete sich Rose-Maria von dem Pastor und ging, ihren Schatz im Arm, zurück nach dem Schlosse, wo sie gerade zur Teestunde zurecht kam.

„Was bringst du denn da angeschleppt, Kind?“

„Eine sehr alte Kirchenchronik, liebes Tantechen.“

„Haben Sie Interesse für solche Sachen, Fräulein Jung?“

Willi war klug gewesen und hatte sich seinen Teller genügend mit kleinen Butterfischen belegt, denn er kannte Rose-Marias Leidenschaft für solche Dinge. Daß die nett angerichtete Kuchenplatte durch seinen rohen Eingriff gewisse Ähnlichkeit mit einem Schlachtfeld bekommen hatte, kümmerte ihn nicht sonderlich. Er hatte — und das war das Wesentliche.

„Im allgemeinen interessieren mich solche Dinge nicht, aber hier liegt der Fall anders, denn ich habe nach Berichten und Aufzeichnungen über die Ahnfrau des Hauses gesucht.“

„Und gefunden?“

„Benigstens Andeutungen. Ich will noch nichts erzählen, ehe ich nicht den Inhalt glatt und in Reihenfolge berichten kann. — Oh, wie schade?“

„Was ist, liebes Kind?“

„Tantechen, hat der alte Berg heute keine Butterförtchen gemacht?“

„Doch, Kind, ich habe sie extra wieder bestellt.“

Luz sah mit vergnügtem Schmunzeln von einem zum anderen am Tisch. Unschuldbige Augen trafen in die feinen, am ungeschuldbigen Willis bauernschlaue Augen, die ihm vor lauter Unschuld fast herausfielen. Luz mußte mit dem Lachen kämpfen, denn er roch schon den Braten. Und da kam auch so ein netter, kleiner Windstoß, als der Diener mit dem Teebrett ins Zimmer trat, und schwupp — schon flog die leichte Zeitung von Willis Teller und legte seine ganze Hamstersternschnacke drauf.

„Da — so ein Fresser! — So etwas! Das habe ich nicht einmal getan, als ich noch arm war und als höchstes nur Bäcker Bemmchens Marzipan kannte.“

Killi war voller sittlicher Entrüstung und aller Augen lagen voll Verachtung auf dem armen Schächer. Aber wenn man sich dem milden Wahn hingeeben hatte, daß er Zerknirschung zeigen würde, war man getäuscht. Voll aufreizendem Heißhunger biß er in die Törtchen, die eine Hand schützend über seinen Teller haltend.

Luz neigte sich zum Diener, der ihm Tee eingoß, als hätte er nicht verstanden, was dieser gesagt hatte, dann sagte er laut:

„Ach so — Graf Daxfeld soll zum Telephon kommen? — Hallo, Daxfeld, Telephon.“

Und schon stürzte Willi, der wie die meisten Menschen in Volkstheater zum Telephon rannte, wohl in dem Wahn, daß die „Sprechliste“ davonlaufen würde, bis er daran war.

Und schon ergriff Luz feilenruhig die Kuchengabel, verteilte die gehamsterten Törtchen auf die Teller der Damen und legte Willi nur einen von ihm nicht sehr beliebten Pfannkuchen auf den seinen. Die Damen lachten und Killi sagte: „Der Anruf kam ja sehr gelegen für uns.“

„Welcher Anruf, Hohheit?“

„Der Anruf für Willi jetzt eben.“

„Anruf — ich weiß von keinem Anruf.“

Luz schmunzelte über das ganze Gesicht.

„Aber —?“

„Ach so? — Das habe ich nur gesagt, um ihn hinauszubekommen. Er hätte bestimmt alle Törtchen allein gegessen.“

Willi kam schlechthelant wieder und schimpfte: „Natürlich kein Mensch mehr da, Verbindung schon wieder unterbrochen.“

„Schwerlich.“

„Das können Sie wohl nicht beurteilen, lieber Fall.“

Willi sah auf seinen Teller. „Wo sind meine Törtchen?“

Killi und Rose-Maria deuteten mit tobernem Gesicht auf ihren Magen, und Luz sagte, indem er vorsichtig etwas abrückte von Willi: „Die Törtchen — in Nichts verflücht — gerade so, wie Ihr Anruf.“

„Hah — mir ahnt!“

„Nichtig geahnt!“

„Nache!“

(Fortsetzung folgt.)

Abendmahl teil; im Vorjahre waren es 1 078 168 gewesen. Das sind 23,8 (1927: 24,1) Prozent aller Kirchenmitglieder. In Wirklichkeit ist diese Prozentzahl aber sehr viel geringer, weil sich unter den Kommunikanten sehr viele befinden, die mehrmals das Abendmahl genommen haben. Es ist nicht anzunehmen, daß mehr als höchstens 8 Prozent der Kirchenangehörigen wenigstens einmal im Jahre das Abendmahl genommen haben, — eine Zahl, aus der man auch auf den Kirchenbesuch überhaupt schließen kann. Der Gesamtbetrag der für besondere kirchliche Zwecke angeordneten Kirchenkollekten belief sich auf 283 044 Mark gegenüber 361 987 Mark im Vorjahre.

Sächsischer Gewerbekammertag

Am 28. Oktober 1928 fand in Zittau der 3. diesjährige Sächsische Gewerbekammertag statt, dem insgesamt 17 Gegenstände zur Beratung vorlagen. Zu dem in Vorbereitung befindlichen Berufsausbildungsgesetz wurde nach einer kritischen Erörterung der das Handwerk besonders interessierenden Bestimmungen einstimmig folgende Entschliessung gefaßt:

Wird eine so weitgehende gesetzliche Regelung der Berufsausbildung, wie sie das Berufsausbildungsgesetz in der Fassung des Regierungsentwurfes vom 29. Juli 1929 vorsieht, überhaupt für erforderlich gehalten, so ist die Berücksichtigung der in jahrzehntelanger Praxis gesammelten Erfahrungen eine unerlässliche Notwendigkeit. In hinreichendem Maße ist dies nicht geschehen. Deshalb fordert die Wirtschaft die Beachtung zahlreicher Abänderungswünsche.

Inbesondere bietet die Art der in § 69 des Entwurfs vorgesehenen Ausschüsse zu Beanstandungen Anlaß, da sie die Gefahr in sich birgt, den berufständlichen Gedanken zu beseitigen und den Grundgedanken der Selbstverwaltung in den Handwerks- und Gewerbekammern erheblich einzuschränken. Die Behandlung der Nachwuchsförderung in Handwerk, Handel und Gewerbe erfährt damit jedenfalls keine Besserung; vielmehr muß eine starke Hemmung der gesamten aufbauenden volkswirtschaftlichen Kräfte dieser auf dem Prinzip der Selbständigkeit beruhenden Mittelschichten befürchtet werden. Eine solche Hemmung kann aber nur als ein Verzicht auf untauglichen Mitteln am ungeeigneten Objekt bezeichnet werden, der im Interesse aller in der Wirtschaft Tätigen besser unterbleibt.

Der Sächsische Gewerbekammertag und der Landesauschuß des sächsischen Handwerks erachten es mithin für zwingend geboten, daß von Maßnahmen dieser Art Abstand genommen, daß zweckmäßigerweise im Gesetz allgemein und eindeutig die bisherige berufständliche Regelung des Lehrlingswesens im Sinne jahrzehntelanger, erprobter Erziehungsarbeit am Nachwuchs festgesetzt und daß überdies die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens durch dieses Gesetz verboten wird.

Zu der Frage der Gewerbelehrausbildung wurde beschlossen, an die sächsische Regierung mit der Bitte heranzutreten, die Verordnungen des Volksbildungsministeriums vom 4. und 7. Februar 1928, die es strebsamen und tüchtigen Handwerkern erlauben bzw. für die Zukunft unmöglich machen, sich der Gewerbelehrausbildung zu unterziehen, zurückzuziehen und vielmehr den Wünschen der Wirtschaft Rechnung zu tragen, die dahin gehen, die Bestimmungen über die Zulassung zur Gewerbelehrausbildung so zu gestalten, daß es auch geeigneten Handwerksmeistern ermöglicht wird, die Gewerbelehrausbildung einzuführen. Dem Ministerium werden eingehende Vorschläge für die Neugestaltung der Gewerbelehrausbildung unterbreitet werden. Als unerlässlich wurde es bezeichnet, daß auch das Handwerk selbst in seinen Organisationen darauf bedacht sein muß, hinreichend Fachkräfte aus der Praxis für die Gewerbelehrausbildung verfügbar zu machen.

Auf eine Anregung des Landesauschusses des Sächsischen Kleinhandels auf einheitliche Regelung der Verkaufszeiten vor Weihnachten für das gesamte Gebiet des Freistaates Sachsen beschloß man, den Landesauschuß über das Ergebnis der von den einzelnen Kammern veranlasseten Umfragen zu unterrichten, wonach der Kleinhandel an einer derartigen Regelung kein Interesse hat. Die Kammern sind der Meinung, daß es bei dem bisherigen Zustande verbleiben soll, wonach es den Verwaltungsbehörden möglich ist, die geschäftsfreien Sonntage vor Weihnachten nach Lage der örtlichen Verhältnisse zu bestimmen. Auch bezüglich der verlängerten Geschäftszeit in Ladengeschäften an den letzten Tagen vor Weihnachten hielt man die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen für ausreichend.

Des weiteren trat der Kammetag für einen gesetzlichen Zwang zur Ab- und Ummeldung erfolgloser Gewerbebetriebe ein.

Der Kammetag beschloß grundsätzlich, nach Möglichkeit einheitliche Lehrlingsvorschriften für das Steinsetzer- und Wagenbauhandwerk für den Freistaat Sachsen aufzustellen und zur Erzielung der Einmütigkeit mit denjenigen Vereinigungen zu verhandeln, welche zurzeit noch Vorschriften haben, die von denen der Mehrheit der sächsischen Innungen abweichen. Besonders hervorzuheben ist, daß der Einführung der 3 1/2-jährigen Lehrzeit im Steinsetzerhandwerk mit der Maßgabe, daß die Lehrlinge vier Bau Sommer zu lernen haben, einstimmig zugestimmt wurde. Die Einführung der Richtlinien über die Lehrlingshaltung im Steinsetzerhandwerk soll den Innungen überlassen werden.

Hinsichtlich der Dauer der Lehrzeit für das Stellmacher- und Wagenbauhandwerk sind die Kammern durch die von ihnen vorgenommenen Erörterungen zu keiner einheitlichen Stellungnahme gelangt. Von dem Ergebnis der von den Kammern veranlasseten Umfragen soll der Landesverband Sächsischer Wagenbauer- und Stellmachermeister unterrichtet werden.

Außer einer Reihe weiterer, für die Öffentlichkeit weniger belangreicher Punkte wurden noch verschiedene Anträge von Innungsverbänden sowie die Frage der Abgrenzung von Innungsbezirken im Elektrotechnikhandwerk behandelt.

Aus der sächsischen Landwirtschaft.

Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, veranstaltet der Bezirksobstbauverein für das obere Elbtal, der auf eine 50jährige Tätigkeit zurückblicken kann, am 16. und 17. November im Erbgericht Niederpoppitz eine Obstschau.

Ein Sonderlehrgang zur Einführung in den Obstbau- und Baumschulbetrieb sowie zur Behandlung von Ziergehölzen findet vom 25. bis 30. November in der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau in Pillnitz statt. Er umfaßt Vorträge und praktische Unterweisungen.

Die Herbstversammlung der Leipziger Oekonomischen Sozietät ist auf Mittwoch, den 21. November, im Hotel „Zur Post“ in Leipzig festgesetzt. Bei der Gelegenheit wird Prof. Dr. K. Wiedenfeld (Leipzig) über „Die deutsche Kapitalbildung und die Reparationsverpflichtungen“ sprechen.

Sonne und Mond.

3. November: Sonne: A. 7.01, U. 16.26; Mond: A. 9.19, U. 17.06.

Aus der Geschäftswelt

Setzt auf Eierertrag! Das Spratt's Rindenfutter, das Bodenfutter, zur Auszucht der Küden unentbehrlich ist, weiß heute jeder Geflügelzüchter. Wenn auch anfangs Bedenken über den geringen Mehrpreis dieses hochwertigen Futters bestanden, so hatte jedoch die Züchterwelt bald festgestellt, daß dieser geringe Mehrpreis durch schnellere und gründlichere Auszucht mehr als wettgemacht wurde. Spratt's Rindenfutter geht es wie jeder Qualitätsware: sie ist im Anschaffungspreis etwas teurer, im praktischen Gebrauch aber durch ihre Erfolge viel sparsamer und billiger. So, wie Spratt's Rindenfutter für die Küden unentbehrlich ist, so ist jetzt Spratt's Geflügelfutter für die Legehennen unentbehrlich. Spratt's Geflügelfutter ist ebenfalls wie Spratt's Rindenfutter ein reines **Bad** Futter, ein ideales **Leg** Futter, ein ideales **Wärmer** und **Kraft** Futter. Spratt's Geflügelfutter, das Bodenfutter, bewirkt viel mehr Eier, vor allem auch im Winter, schnellere Mauser und besondere Widerstandskraft gegen die kalte Außentemperatur im Winter. Überlegen Sie sich in aller Ruhe diese wertvollen Vorteile und lassen Sie sich von Spratt's AG., Berlin-Kummelsburg, den neuen Lege-Prospekt schicken. Es ist ein guter Rat und Ihr Vorteil!

Besonders günstiges Bettfedern-Angebot! Ia. Ware, Pfd M 7.50. **Leinenhaus Voigt, Schloßstr.**

Für die Jugend!

Die neuen Wohlfahrtsbriefmarken, die vom 1. November ab ausgegeben werden und bis zum 30. Juni 1930 gültig sind.

Am 1. November werden die neuen Wohlfahrtsbriefmarken für die Deutsche Nothilfe ausgegeben und durch die Post sowie durch die Wohlfahrtsorganisationen zum Verkauf gebracht. Der Ertrag aus den Aufschlägen zu den Marktwerten ist für Zwecke bestimmt, die der „Kräftigung der Jugend“ dienen, vor allem der Erholungsfürsorge für Kleinkinder und ihre Mütter und für schulentlassene Jugendlichte. Die Marken sind mit dem Wappen von Bremen (5 Pf.), Lippe (8 Pf.), Lübeck (15 Pf.), Mecklenburg-Strelitz (25 Pf.) und Schaumburg-Lippe (50 Pf.) geschmückt und können bis zum 30. Juni 1930 zur Frankierung von Postsendungen verwendet werden. Die Aufschläge betragen 2, 4, 5, 10 und 40 Pf.

Marktpreise in Ramenz am 30. Oktober 1929

Am heutigen Wochenmarkte wurden gezahlt pro Zentner Weizen, eff. Gew. 77 kg 10,80—11,00 Mark, Roggen, eff. Gew. 73 kg neu 8,40—8,60 M., Gerste 9,50—10,00 M., Hafer 7,75—8,00 Mark, Weizenmehl (Kaiserausg., 60 %) 25,00 M., Roggenmehl (60 %) 14,00—14,50 M., Weizenkleie 6,25—6,50 M., Roggenkleie 6,25—6,50 M., Heu 5,25 bis 5,50 M., Flegelstroh — M., Futterstroh 2,50 M., Streufroh 2,40 M., Kartoffeln, weiße 3,25 M., rote 3,50 M., gelbe 3,75 M. pro Ztr., Butter 2,20 M. das Pfund, Eier 15 Pfg. das Stück.

Ferkel 30—44 M., Läufer 70—90 M., Gänse 1,20 bis 1,40 M. das Pfund. Für ausgefuchte Ware Preis über Notiz.

Brutto-Einkommen der Angestellten in Schlesien und Oberschlesien

Über die Hälfte des von der „Grassen sozialen Erhebung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten“ erfassten männlichen u. weiblichen Angestellten bezogen monatlich unter 200.-RM. Bruttogehalt unter 250.- „ Bruttogehalt erheben 67,39% „ unter 300.- „ „ „ 79,23% „ der erfassten Angestellten des genannten Gebietes.

Börse und Handel

Wegen des Reformationsfeiertages waren in Sachsen die Effekten- und Produktbörsen geschlossen.

Berliner Börse vom Donnerstag.

Der Börsenverkehr war durch außerordentlich scharfe Schwankungen gekennzeichnet. Die Eröffnung war sehr fest unter dem Eindruck der starken Erholung in New York und der Tatsache, daß der Jahrestag reibungslos verlaufen ist. Die Engagements bei der Liquidationskassa sind durchaus in Ordnung, was mit Rücksicht darauf, daß bei Kursrückgängen fortlaufend Nachschüsse gefordert werden, auch nicht verwunderlich ist. Ob nicht doch dieses oder jenes Opfer auf der Strecke geblieben ist, läßt sich naturgemäß nicht sagen. Die Kursbefestigungen, die sich anfangs ergaben, gingen bis zu 8 Prozent. Kurz nach der Notierung der offiziellen Kurse trat jedoch ein erheblicher Tendenzumschwung ein.

Berliner Produktenbörse: Höhere Forderungen.

Amerikas und teilweise aus Liverpool festere Marktmeldungen beeinflussten die hiesige Tendenz vormittags stärker als im Marktverlauf nach oben. Die Vorlust der Käufer läßt sich an abnehmender Hausbewegung, Roggen vernachlässigt, Hafer schwächer, Mehl hat kleines Konjunkturgeschäft.

Ämtliche Notierung der Mittagsbörse ab Station

Mehl und Kleie brutto einfl. Sod frei Berlin.		100 kg		30 10 29		100 kg		31 10 29		30 10 29	
1000 kg	31. 10. 29	30 10 29	100 kg	31 10 29	30 10 29	100 kg	31 10 29	30 10 29	31 10 29	30 10 29	30 10 29
Weiz.	233.0-34.0	237.0-239.0	Mehl 70 %	27.5-33.0	27.5-33.0	Weizen	23.0-26.0	23.0-26.0	23.0-26.0	23.0-26.0	23.0-26.0
Rot	248.5-247.5	246.0-247.0	Roggen	11.0-11.5	11.0-11.5	Weizenkleie	9.00-9.00	9.25-9.75	9.00-9.00	9.25-9.75	9.00-9.00
März	263.5-262.5	261.5-261.1	Roggenkleie	—	—	Metzgerfleisch	—	—	—	—	—
Roggen	171.0-176.0	170.0-174.5	Metzgerfleisch	—	—	Metzgerfleisch	—	—	—	—	—
März	191.0-190.2	190.5-190.7	Haps (1000 kg)	—	—	Haps (1000 kg)	—	—	—	—	—
Gerste	204.7-203.5	203.2-204.0	Leinöl (bo.)	—	—	Leinöl (bo.)	—	—	—	—	—
Brau	194.0-213.0	194.0-213.0	Erbsen, Victoria	35.0-40.0	35.0-40.0	Erbsen, Victoria	26.0-31.0	26.0-31.0	26.0-31.0	26.0-31.0	26.0-31.0
Wint	172.0-188.0	172.0-188.0	Speiseerbsen	21.0-22.0	21.0-22.0	Speiseerbsen	21.0-22.0	21.0-22.0	21.0-22.0	21.0-22.0	21.0-22.0
Futter	162.0-172.5	162.0-172.0	Belücheln	—	—	Belücheln	—	—	—	—	—
Maiz	180.00	180.00	Altenbohnen	19-21	19-21	Altenbohnen	—	—	—	—	—
Berlin	197.0-198.0	197.0-198.0	Widen	13.5-14.5	13.5-14.5	Widen	—	—	—	—	—
Plato	—	—	Eupinen blau	—	—	Eupinen blau	—	—	—	—	—
			gelb	—	—	gelb	—	—	—	—	—
			Seradella, neue	18.5-19.0	18.5-19.0	Seradella, neue	—	—	—	—	—
			Rapsstüben	23.8-24.0	23.8-24.0	Rapsstüben	—	—	—	—	—
			Leinölchen	9.80-10.2	9.80-10.2	Leinölchen	—	—	—	—	—
			Soja-Extrakt	—	—	Soja-Extrakt	—	—	—	—	—
			Schrot	18.6-18.9	18.6-18.9	Schrot	—	—	—	—	—
			Kartoffelflocken	15.0-15.5	15.0-15.5	Kartoffelflocken	—	—	—	—	—

Milchpreis. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg setzte den Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin auf unverändert 12 1/2 Pfg. für die Woche vom 1. bis 8. November fest. (Ohne Gewähr.)

Berliner Butterpreise. Ämtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1. Qualität 185, 2. Qualität 168, abfallende Sorten 152 Rm. Tendenz: Stetig. (Ohne Gewähr.)

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der ämtlichen Berliner Eiernotierungskommission.) Die Preise verstehen sich in Pfennig je Stück ab Wagon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Deutsche Eier: Zerkleiner, vollst. gest., über 65 Gramm 19,5, 60 Gramm 18,5, 53 Gramm 17, 48 Gramm 16,5; frische Eier über 65 Gramm 18, 60 Gramm 17, 53 Gramm 16, 48 Gramm 14; ausfortierte, kleine und Schmutzeier 11,5. Ausländische Eier: Dänen 18er 19—20,5; Engländer 15 1/2—16er 16,5; leichte 16; Litauer große 15,5, normale 13,5; Bulgaren 14,5; Naränen 13; Russen große 13,75—14,5, normale 13,25—13,5; Polen größere 12,5, normale 11,5—11,75; abweichende 12—13; kleine, Mittel- und Schmutzeier 10,5—11,5. In- und ausländische Küchlhäuser: Extra große 15—16, große 14—14,5, normale 12 bis 12,5, kleine 10—10,5. Chinesen und ähnliche 11—14. Witterung: Regen. Tendenz: Ruhig. (Ohne Gewähr.)

Kartoffelpreise. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ermittelte die Kartoffelerzeugerpreise je Zentner waggonfrei märkischer Station wie folgt: Weiße Kartoffeln 1,90—2,20 Mark, rote Kartoffeln und Obenwälder blaue 2,20 bis 2,60 Mark, gelblichgelbe (außer Nierenkartoffeln) 2,50—2,70 Mark, Fabrikkartoffeln 8,5—9,5 Pfg. je Stärkeprozent. (Ohne Gewähr.)

Berliner Magereichmarkt. (Ämtlicher Marktbericht vom Magereichhof in Friedrichsfelde.) Auftrieb: 419 Rinder, darunter 360 Milchkuhe, 59 Jungvieh, 125 Kälber, 520 Pferde. Verkauf: Ruhig, bei wenig veränderten Preisen. Es wurden gezahlt: Milchkuhe und hochtragende Kühe 290—580 Mark je nach Qualität. Ausgefuchte Kühe und Kälber über Notiz. Tragende Färsen 270—480 Mark je nach Qualität. Ausgefuchte Färsen über Notiz. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere, Färsen 38 bis 47 Mark je nach Qualität. Ausgefuchte Stiere über Notiz. — Pferdemarkt: Je nach Qualität 200—1200 Mark; Schlachtpferde 60—200 Mark. Tendenz: Langsames Geschäft. (Ohne Gewähr.)

Berliner Schweine- und Ferkelmarkt. (Magereichhof in Friedrichsfelde.) (Ämtlich.) Auftrieb: Schweine 321 Stück, Ferkel 628 Stück. Verkauf: Langsam, bei gedrückten Preisen. Es wurden gezahlt im Großhandel für: Läufer Schweine, 5-6 Monate alt, pro Stück 75—95 Mark; Böcke, 3-4 Monate alt, pro Stück 52—75 Mark; Ferkel, 9-13 Wochen alt, pro Stück 38—52 Mark; do. 6-8 Wochen alt, pro Stück 28—38 Mark. (Ohne Gewähr.)



Mussolinis Reiterstandbild in Bologna.

Zur Feier des 7. Jahrestages des faschistischen Marsches auf Rom, am 28. Oktober, wurde am Eingang des großen Stadions in Bologna ein Reiterstandbild Mussolinis enthüllt. Das 6 Meter lange und 6 Meter hohe Standbild ist ein Werk des Florentiner Bildhauers Giacomini.